

WBR OST 2026

Wettbewerbsreport  
Ostdeutschland

# Der Aufholprozess ist in Gefahr

Wettbewerbsreport  
Ostdeutschland 2026

Initiiert vom Saarower Kreis und herausgegeben von  
Frank Nehring, Achim Oelgarth und Joachim Ragnitz

Stand 15.04.2026

# INHALT

## **1. EINLEITUNG**

- 5 1.1 Der Saarower Kreis – Warum Ostdeutschland jetzt wirtschaftspolitische Klarheit braucht
- 6 1.2 Veronika Grimm1: Wettbewerbsfähigkeit – Bedeutung und aktuelle globale Rahmenbedingungen
- 7 1.3 Datengrundlage: Der ifo-Faktenmonitor

## **2. ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER OSTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT – ANALYSE**

- 9 2.1 Einführung: Das Wohlstandsniveau der ostdeutschen Länder im Vergleich
- 11 2.2 Im Osten wird zu wenig in Unternehmen investiert
- 12 2.3 Bildungsausgaben effektiver nutzen
- 15 2.4 Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft viel zu niedrig – Potenziale der Hochschulen für den Ausgleich nutzen
- 17 2.5 Fazit – Der Aufholprozess ist in Gefahr

## **3. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT: WAS JETZT GEBRAUCHT WIRD BRANCHENVERTETERER OSTDEUTSCHLANDS FORDERN**

- 20 Den Innovationsstandort Ostdeutschland gezielt unterstützen
- 21 Bund und Brüssel müssen sofort handeln: wettbewerbsfähige Energiepreise sind unverzichtbar
- 22 Die Wettbewerbsfähigkeit entscheidet sich maßgeblich in den Schlüsseltechnologien
- 23 Vermögen – entscheidend für Chancen, wirtschaftliche Teilhabe und Resilienz
- 24 Ohne Vertrauen in politische Verlässlichkeit gibt es keine Wettbewerbsfähigkeit
- 25 Finanzielle Handlungsspielräume schaffen und für passgenaue Förderinstrumente sorgen
- 26 Es braucht stabile Rahmenbedingungen
- 27 Der Osten braucht eine stärkere internationale Präsenz
- 28 Ohne Nachfolger keine Zukunft – Ostdeutschlands stille Krise

## **4. SPEZIAL: VERMÖGEN UND DESSEN AUFBAU IN OSTDEUTSCHLAND**

- 31 4.1 Aktueller Stand zu Vermögensaufbau und Struktur
- 32 4.2 Ursachen der Vermögenslücke
- 34 4.3 Private Vermögensbildung stärken
- 36 4.4 Finanzbildung stärken
- 37 4.5 Fazit

## **5. SAAROWER KREIS**

- 39 Vertreter und Förderer des Saarower Kreises

# 1. EINLEITUNG

## 1.1 Der Saarower Kreis – Warum Ostdeutschland jetzt wirtschaftspolitische Klarheit braucht

**Der Saarower Kreis ist mehr als ein Netzwerk** – er ist ein Zusammenschluss derjenigen, die die wirtschaftliche Realität Ostdeutschlands nicht länger beschreiben, sondern verändern wollen. Führende Wirtschaftsverbände und Initiativen bündeln hier ihre Kräfte, um den ostdeutschen Perspektiven endlich das Gewicht zu geben, das ihnen zusteht.

### Der Aufholprozess ist kein Selbstläufer mehr

Gegründet wurde der Saarower Kreis 2024 auf dem Ostdeutsches Wirtschaftsforum, maßgeblich unterstützt von der **VNG AG und der Mitteldeutsche Stiftung Bildung und Wissenschaft**. Schon früh ging es uns nicht um allgemeine Analysen, sondern um belastbare Fakten. Mit dem **ifo-Faktenmonitor** haben wir 2025 eine Grundlage geschaffen, die den wirtschaftspolitischen Diskurs versachlicht – und gleichzeitig schonungslos offenlegt, wo Ostdeutschlands Wirtschaft im innerdeutschen und europäischen Vergleich steht.

Mit dem **Wettbewerbsreport Ostdeutschland 2026** ziehen wir nun die notwendigen Konsequenzen. Gemeinsam mit dem **ifo Institut – Niederlassung Dresden** zeigen wir: Der wirtschaftliche Abstand ist nicht nur eine Frage der Wahrnehmung – er ist messbar. Und er wird wieder größer, wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert wird.

Unter dem Titel **»Der Aufholprozess ist in Gefahr«** benennt der Report drei Felder, in denen Zögerlichkeit in Politik und Wirtschaft nicht länger akzeptabel ist:

- ▶ zu geringe Investitionen in Unternehmen,
- ▶ ineffizient eingesetzte Bildungsausgaben,
- ▶ eine nach wie vor zu schwache Forschungs- und Innovationsbasis.

Diese Defizite sind keine abstrakten Probleme – sie entscheiden über Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen.

Deshalb bleibt es nicht bei der Analyse. Die im Saarower Kreis vereinten **Verbände formulieren klare Erwartungen an Politik und Wirtschaft**. Ostdeutschland braucht keine Sonderdebatten, sondern bessere Rahmenbedingungen, konsequent umgesetzt.

Das Sonderthema dieses Reports macht zudem deutlich, wie tief die strukturellen Unterschiede reichen: **etwa im Vermögensaufbau**. Private Vermögen sind nicht nur individuelle Rücklagen – sie sind Voraussetzung für unternehmerische Risikoübernahme, Investitionen und wirtschaftliche Dynamik. Wo sie fehlen, fehlen oft auch Chancen.

**Die Botschaft dieses Reports ist eindeutig: Wer den wirtschaftlichen Zusammenhalt Deutschlands ernst meint, muss die strukturellen Defizite im Osten entschlossener angehen.** Nicht mit Symbolpolitik, sondern mit klaren Prioritäten und messbaren Ergebnissen.

## 1.2 Veronika Grimm\*: Wettbewerbsfähigkeit – Bedeutung und aktuelle globale Rahmenbedingungen

Deutschland erlebt seit einigen Jahren einen erheblichen Rückgang seines Wachstumspotenzials. Die Wirtschaft stagniert seit dem Jahr 2018. Der bereits vor der Corona-Pandemie diagnostizierte Strukturwandel verschärft sich zunehmend. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung sinkt, Industriearbeitsplätze werden abgebaut, und die privaten Investitionen gehen zurück. Einen Zuwachs an Beschäftigung verzeichnen derzeit vor allem der öffentliche Sektor und das Gesundheitswesen. Private Dienstleistungen – insbesondere im Hightech-Bereich –, die in anderen Volkswirtschaften für deutliche Wachstumsimpulse sorgen, entwickeln sich in Deutschland hingegen nur wenig dynamisch.

Diese Entwicklung vollzieht sich in einem zunehmend herausfordernden globalen Umfeld. Der technologische Wettbewerb zwischen den USA und China hat sich in den vergangenen Jahren deutlich intensiviert, während Europa in zentralen Zukunftstechnologien teilweise zurückzufallen droht. Zugleich führt eine zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft zu veränderten Handelsstrukturen und höheren Unsicherheiten für exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland. Hinzu kommen vergleichsweise hohe Energiepreise und Standortkosten, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich belasten. Die Auswirkungen der Eskalation im Nahen Osten dürfte den Druck noch erhöhen.

Hinzu kommt: Das verfügbare Arbeitsvolumen wird durch die demografische Alterung, niedrige Erwerbsquoten bei älteren Erwerbspersonen sowie ein Absinken der durchschnittlichen Erwerbsstunden reduziert. Der Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand dürfte diesen Trend in den kommenden Jahren noch deutlich verstärken.

Zugleich sind die öffentlichen Haushalte angespannt. Trotz der Mobilisierung erheblicher finanzieller Spielräume durch eine temporäre Aufweichung der Schuldenbremse im Bund und in den Ländern ist es bislang nicht gelungen, die öffentlichen Investitionen deutlich zu steigern. Die Haushalte sind in weiten Teilen strukturell gebunden: Leistungsverpflichtungen der sozialen Sicherungssysteme und Zinskosten steigen an. Hinzu kommen die Verteidigungsausgaben, die aufgrund der geopolitischen Lage deutlich erhöht werden müssen und

mittelfristig – als eine der zentralen Staatsaufgaben – aus dem Kernhaushalt zu finanzieren sind. In der mittelfristigen Finanzplanung sind die erwarteten Einnahmen des Bundes bereits im Jahr 2029 durch diese drei Ausgabenbereiche gebunden.

Das Wohlstandsniveau in Ostdeutschland hat sich in den vergangenen Jahren weiter dem Westen angenähert, wenngleich strukturelle Unterschiede fortbestehen. Die Herausforderungen sind ähnlich gelagert, fallen im Osten jedoch teilweise stärker ins Gewicht. Insbesondere die demografische Entwicklung und die vergleichsweise schwachen privaten Investitionen – gerade in Forschung und Entwicklung – stellen größere Hürden dar. Gleichzeitig verfügt Ostdeutschland über wichtige Stärken, etwa in ausgewählten industriellen Kernen, in der Forschungslandschaft sowie bei Bildungsindikatoren und Patentanmeldungen, die eine gute Ausgangsbasis für zukünftige Entwicklungspfade bieten.

In Zeiten von demografischem Wandel, Energiewende und geopolitischer Unsicherheit ist die Stärkung des Wirtschaftswachstums somit eine besonders dringende und zugleich anspruchsvolle Aufgabe. Wachstum und eine hohe Innovationsdynamik sind gerade in diesen unruhigen Zeiten von zentraler Bedeutung, um den Anschluss an technologische Entwicklungen zu sichern und die wirtschaftliche sowie sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas zu stärken.

Die Abmilderung der demografischen Effekte kann durch eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit, eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen, die wirksame Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt sowie durch eine verstärkte Substitution von Arbeit durch Kapital gelingen. Allerdings dürften die Effekte nicht ausreichen, um das Potenzialwachstum deutlich anzuheben oder die durch den Renteneintritt der Babyboomer zu erwartende Reduktion des Arbeitsvolumens vollständig zu kompensieren.

Um die Wachstumsschwäche nachhaltig zu überwinden, ist daher eine deutliche Ausweitung der Investitionen erforderlich. Insbesondere die privaten Investitionen, die rund 88 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen ausmachen, spielen hierbei eine zentrale Rolle. Werden sie gezielt in Bereiche mit hohem Potenzial für technologischen Fortschritt und Produktivitätsgewinne gelenkt, können die gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekte erheblich sein.

\* Veronika Grimm ist Professorin an der Technischen Universität Nürnberg (UTN) und Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Entscheidend wird daher sein, ein attraktives Umfeld für Unternehmen zu schaffen, die durch Innovationen die technologische Entwicklung vorantreiben. Eine leistungsfähige Forschungslandschaft, ein Bildungssystem, das hochqualifizierte Fachkräfte hervorbringt, sowie moderne Infrastrukturen sind hierfür wesentliche Voraussetzungen. Darüber hinaus ist es erforderlich, regulatorische Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass sie Innovation ermöglichen und nicht behindern. Übermäßige bürokratische Hürden können insbesondere junge und innovative Unternehmen belasten, während stark vorsorgeorientierte Regulierungsansätze die Entwicklung und Skalierung neuer Geschäftsmodelle erschweren können. In vielen Technologiefeldern ist Deutschland in der Forschung gut positioniert; die Überführung von Innovationen in marktfähige Wertschöpfung gelingt jedoch häufig nur eingeschränkt. Eine Weiterentwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen, auch im Bereich des Datenschutzes, kann dazu beitragen, das Potenzial in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Biotechnologie, Kernenergie oder Raumfahrt besser auszuschöpfen.

Zugleich kommt der internationalen wirtschaftlichen Einbindung eine wichtige Rolle zu. Eine Stärkung der Integration der Europäischen Union und verlässliche internationale Handelsabkommen können dazu beitragen, Absatzmärkte

zu sichern, Skaleneffekte zu realisieren und den Zugang zu wichtigen Vorleistungen und Technologien zu verbessern. Ein besonderer Fokus sollte auf der Resilienz der Handelsbeziehungen bei Energie und kritischen Rohstoffen liegen. Gerade für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland sind stabile und diversifizierte Handelsbeziehungen ein zentraler Bestandteil von Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit.

Damit staatliche Spielräume für höhere Investitionen entstehen, ist es zudem erforderlich, den Ausgabenanstieg in den öffentlichen Haushalten zu begrenzen. Dies setzt Reformen der sozialen Sicherungssysteme, eine konsequente Überprüfung staatlicher Subventionen sowie eine maßvolle Nutzung der Verschuldungsspielräume voraus, um die Zinsbelastung langfristig tragfähig zu halten.

Das Potenzial für höheres Wachstum ist grundsätzlich vorhanden. Nach Jahren hinausgezögerter Reformen und den wirtschaftlichen Folgen mehrerer Krisen sind jedoch erhebliche Anstrengungen notwendig, um wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren. Der Wettbewerbsreport Ostdeutschland bietet dabei eine fundierte Grundlage, um zentrale Handlungsfelder zu identifizieren, Fortschritte messbar zu machen und verbleibende Herausforderungen systematisch aufzuzeigen.

### 1.3 Datengrundlage: Der ifo-Faktenmonitor

Der ifo-Faktenmonitor wurde im Frühjahr 2025 vom Saarower Kreis initiiert, weil die Mitglieder einen Mangel an vergleichbaren wirtschaftlichen Daten für alle Bundesländer konstatierten. Sie beauftragten deshalb die Niederlassung Dresden des ifo Instituts damit, eine entsprechende statistische Auswertung zu erstellen. Seit der ersten Vorstellung anlässlich des Ostdeutschen Wirtschaftsforums im Mai 2025 wurde der Faktenmonitor beständig aktualisiert und erweitert. Er umfasst derzeit rund 250 Indikatoren, die für alle Bundesländer vorliegen und einen Vergleich wirtschaftlicher Daten ermöglichen. Ergänzt wird dies um einige Indikatoren, die die Position der deutschen Bundesländer innerhalb Europas abbilden.

Der ifo-Faktenmonitor gliedert sich in 25 Kapitel, die sämtliche Aspekte wirtschaftlicher Aktivitäten abdecken – von gängigen »Output-Indikatoren« wie Wirtschaftskraft oder Wirtschaftswachstum über Determinanten wirtschaftlicher Entwicklung (wie zum Beispiel Ausstattung mit Produktionsfaktoren oder Forschung und Entwicklung) bis hin zu Indikatoren, die die Wirtschaftsstruktur beschreiben (zum Beispiel Branchen und Unternehmensgrößen). Die Datensammlung

liefert damit ein umfassendes Bild, ist aber dadurch naturgemäß auch etwas unübersichtlich. Um dieses Manko zu beheben, wird in diesem Report der Weg beschritten, nur eine Auswahl von Indikatoren zu betrachten, die das wichtigste Problem Ostdeutschlands – nämlich die ausbleibende »Konvergenz« zu den westdeutschen Bundesländern adressieren und die hierfür relevanten Determinanten näher in den Blick nehmen. Eine Differenzierung nach Bundesländern wird dabei nicht vorgenommen, stattdessen steht der Vergleich von Ostdeutschland (einschließlich Berlin) mit Westdeutschland im Vordergrund. Die nachfolgenden Schaubilder und Tabellen ermöglichen aber stets auch einen Vergleich der einzelnen Bundesländer miteinander – und zeigen damit auf, dass weder Ostdeutschland noch Westdeutschland als homogene Wirtschaftsräume zu betrachten sind. Vielmehr bilden sich zunehmend Unterschiede heraus, die Folge unterschiedlicher standörtlicher Voraussetzungen sein dürften – was gleichzeitig aber auch die Hoffnung weckt, dass wenigstens einige ostdeutsche Länder (oder Landkreise) an das westdeutsche Durchschnittsniveau werden aufschließen können (während dies in anderen Ländern oder Regionen eher schwierig erscheint).

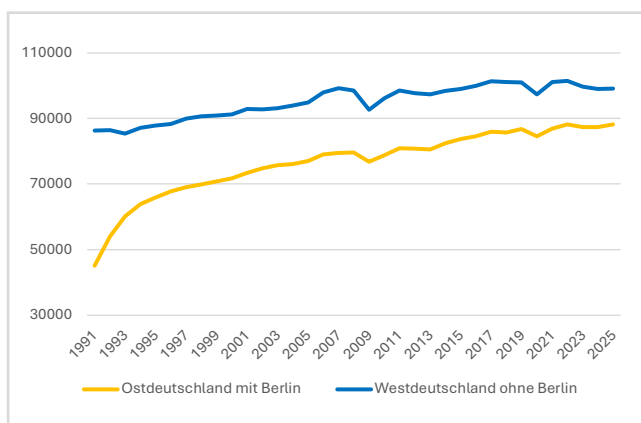
# 2. ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER OSTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT – ANALYSE DER AUFHOLPROZESS IST IN GEFAHR

## 2.1 Einführung: Das Wohlstandsniveau der ostdeutschen Länder im Vergleich

Das Wohlstandsniveau einer Region wird häufig anhand des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen; auch mit Blick auf den Aufholprozess Ostdeutschlands wird zumeist dieser Indikator verwendet. Besser geeignet für kleinräumige Vergleiche ist allerdings das BIP je Erwerbstätigen (also die Arbeitsproduktivität), weil damit Verzerrungen aufgrund von Pendlerströmen einerseits und Unterschieden in der Altersstruktur der Bevölkerung andererseits vermieden werden können. Deswegen wird im Folgenden dieser Indikator betrachtet. Das BIP je Erwerbstätigen ist dabei bestimmender Faktor auch für die Löhne der Beschäftigten (und damit die Einkommen der privaten Haushalte), für die Fähigkeit der Unternehmen, Investitionen zu tätigen und Forschung und Entwicklung zu betreiben sowie letzten Endes auch für die Steuereinnahmen des Staates. Produktivitätssteigerungen sind daher der Schlüssel für eine weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse gerade in den strukturschwächeren Regionen Deutschlands.

**Im Jahr 2025 lag das BIP je Erwerbstätigen in den ostdeutschen Flächenländern bei rund 85 % des westdeutschen Durchschnittswertes – vor 10 Jahren waren es erst 78 % (siehe Abbildung 1). 1991 lag es bei 34,5 %.**

**Der Aufholprozess kommt also weiterhin voran.**

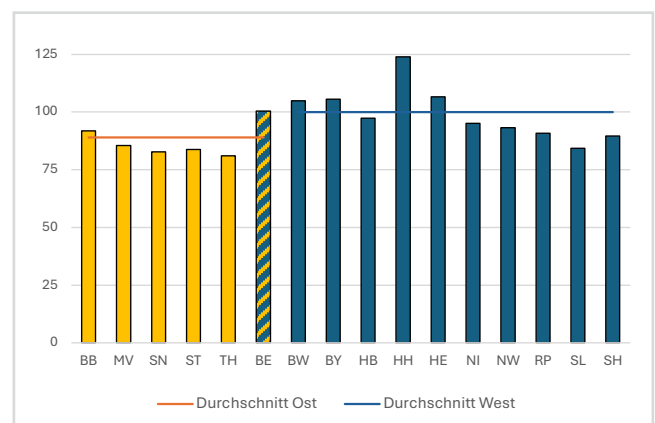


**Abb. 1** Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Preisen von 2025 (verkettete Volumenangaben)

Brandenburg hat inzwischen sogar die drei schwächsten westdeutschen Länder (das Saarland, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz) überholt (vgl. Abbildung 2 sowie Tabelle 1).

**Positiv zu würdigen ist überdies, dass die wirtschaftliche Leistungskraft in einigen Landkreisen Ostdeutschlands inzwischen sogar höher ist als im gesamtdeutschen Durchschnitt, so in Jena, im Saalekreis sowie in den Landkreisen Spree-Neiße, Dahme-Spreewald und Uckermark (vgl. Abbildung 3). Regionen, die durch ihre standörtliche Lage und eine gute Ausstattung mit infrastrukturellen Einrichtungen attraktiv für Unternehmensansiedlungen sind, haben sich deutlich besser entwickelt als Regionen, die diesbezüglich benachteiligt sind. Gleichzeitig gibt es eine ganze Reihe westdeutscher Landkreise, die nicht nur unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt, sondern auch unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder liegen – dies gilt selbst für die »reichen« Länder Bayern und Baden-Württemberg. Insgesamt ist die Streuung der Wirtschaftskraft innerhalb der einzelnen Länder in Ostdeutschland sehr viel niedriger als in Westdeutschland.**

**35 Jahre nach der Vereinigung ist es insoweit nicht mehr statthaft, pauschal von einer Benachteiligung Ostdeutschlands zu sprechen. Vielmehr ist eine differenzierte Betrachtung notwendig.**



**Abb. 2** Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2025, Westdeutschland=100

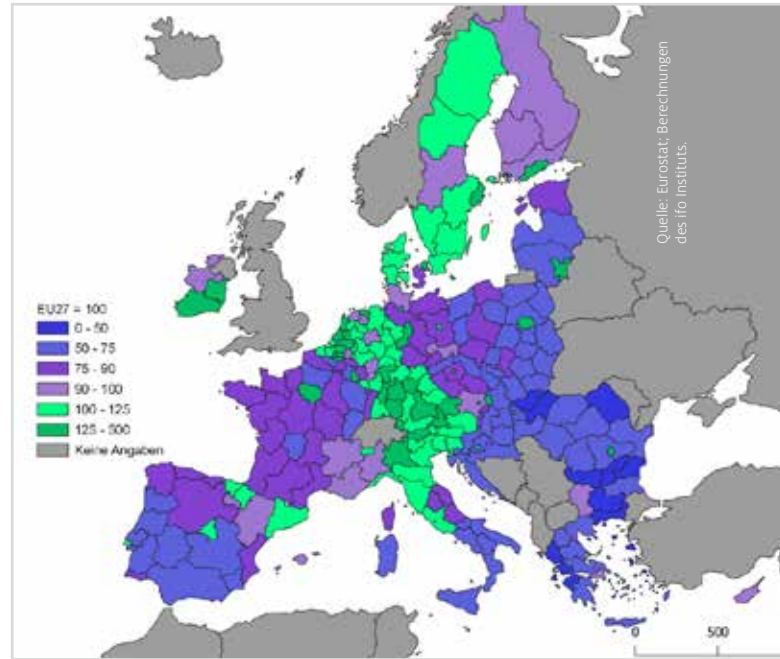
Quelle: AK VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Quelle: AK VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Brandenburg	91.088	Hessen	105.597
Mecklenburg-Vorpommern	84.710	Niedersachsen	94.187
Sachsen	81.957	Nordrhein-Westfalen	92.426
Sachsen-Anhalt	83.099	Rheinland-Pfalz	90.041
Thüringen	80.321	Saarland	83.621
Berlin	99.504	Schleswig-Holstein	88.757
		Baden-Württemberg	104.021
		Bayern	104.670
		Bremen	96.392
		Hamburg	122.895
Ostdeutschland mit Berlin	88.170	Westdeutschland mit Berlin	99.169
Ostdeutschland ohne Berlin	83.977	Westdeutschland ohne Berlin	99.150

Quelle: AK VGR der Länder.

Tabelle 1 BIP je Erwerbstätigen, in Euro, 2025



Karte 1 BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner nach NUTS 2-Regionen, EU27=100 (Durchschnitt 2021–2023)

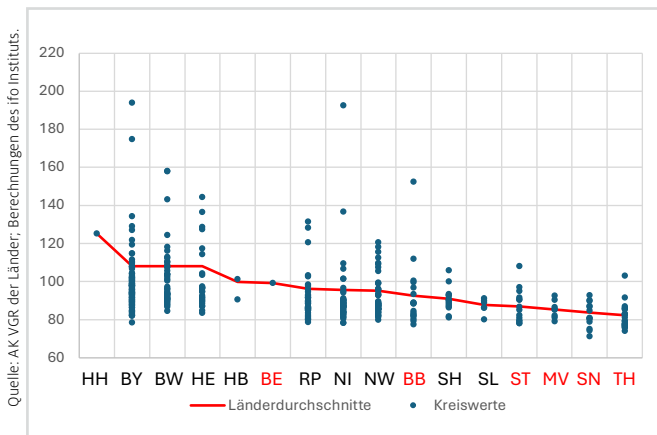


Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den Landkreisen Deutschlands, 2023, Deutschland=100

Auch im europäischen Vergleich positionieren sich die ostdeutschen Länder nicht schlecht. Sieht man von Berlin einmal ab, so liegt ihre Wirtschaftskraft zwar kaufkraftbereinigt nur bei rund 85 % des europäischen Durchschnittswerts. Dies ist aber immerhin das Mittelfeld aller europäischen Regionen; vor allem periphere Gebiete in Italien und Frankreich, auf der iberischen Halbinsel und nahezu flächendeckend in ost-europäischen Ländern stehen diesbezüglich deutlich schwächer da.

**Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sind Unterschiede in der regionalen Wirtschaftskraft im Wesentlichen durch Unterschiede in der Ausstattung mit komplementären Produktionsfaktoren – nämlich Sachkapital, Arbeit und technologischem Wissen – begründet.**

Erklärungsgehalt kommt darüber hinaus der Effizienz des Faktoreinsatzes, der Größenstruktur der Unternehmen sowie der Branchenzusammensetzung der regionalen Wirtschaft zu. Anders als die drei erstgenannten Faktoren lassen sich letztere allerdings politisch nur schwer beeinflussen – und wenn, dann nur mit sehr langfristiger Wirkung.

**Im Rahmen dieses Wettbewerbsreports, der ja auch Schlussfolgerungen für die Politik ableiten will, stehen deshalb Indikatoren der Sachkapitalausstattung, der Qualifikation der Beschäftigten sowie der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft im Vordergrund.** In den nachfolgenden Kapiteln wird gezeigt, wie sich die ostdeutschen Bundesländer mit Blick auf diese produktionsrelevanten Faktoren im gesamtdeutschen Vergleich positionieren.

## 2.2 Im Osten wird zu wenig in Unternehmen investiert Sachkapital: Bruttoanlageinvestitionen und Kapitalstock

Die Arbeitsproduktivität hängt in hohem Maße von der Ausstattung der Arbeitsplätze mit Sachkapital ab, also insbesondere Maschinen und anderen Ausrüstungsgütern. Nach den letztverfügbaren Daten (2021) liegt die Kapitalintensität, also das Verhältnis von Sachkapital zu Erwerbstätigen, in Ostdeutschland um rund 10 % unter dem westdeutschen Niveau. Allerdings reflektiert dies in hohem Maße auch die bestehende Wirtschaftsstruktur (Branchen- und Betriebsgrößenstruktur), so dass es sinnvoller ist, die Veränderung des Kapitalstocks über die Zeit zu betrachten.

Im Zeitraum 2019–2023 lagen die Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner in den ostdeutschen Ländern lediglich bei gut drei Vierteln des westdeutschen Niveaus (vgl. Abbildung 4). Lässt man Infrastrukturinvestitionen und Wohnungsbauinvestitionen außer Betracht, sind es sogar nur zwei Drittel des westdeutschen Wertes (vgl. Abbildung 5). Auch gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen liegen die Unternehmensinvestitionen in Ostdeutschland deutlich – um etwa 25 % – hinter Westdeutschland zurück. Dies zeigt, dass **Unternehmen in Ostdeutschland viel zu wenig investieren, um stärkere Produktivitätssteigerungen realisieren zu können – geschweige denn, ein höheres Wirtschaftswachstum durch Verbreiterung der produktiven Basis zu erreichen.**

**Ein Grund für die schwache Investitionstätigkeit könnte in der Überalterung der ostdeutschen Bevölkerung und damit auch der Unternehmerschaft liegen,** denn wer kurz vor der Rente steht und keine Übernahmeperspektive für sein Unternehmen sieht, wird auch nicht mehr stärker investieren. **Gleichzeitig dürfte sich hierin aber auch die geringe Größe vieler ostdeutscher Unternehmen niederschlagen,** die es erschwert, die benötigten Finanzierungsmittel für Investitionen am Markt einzuwerben. Zwar gibt es ausreichend viele Fördermöglichkeiten für Investoren, aber nicht immer sind diese auf die Bedürfnisse kleinerer Unternehmen zugeschnitten.

Positiv ist indes, dass der Modernitätsgrad des Anlagevermögens derzeit noch etwas höher ist als in Westdeutschland (vgl. Abbildung 6). Dies ist eine Folge dessen, dass der Kapitalstock in Ostdeutschland nach 1991 faktisch neu aufgebaut werden musste. In Anbetracht der schwachen Investitionstätigkeit sinkt der Modernitätsgrad jedoch fortlaufend. **Damit droht eine technologische Überalterung ostdeutscher Firmen, die sich mittelfristig auch negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken könnte. Auch dies unterstreicht somit, dass es dringend zusätzlicher Investitionen in Ostdeutschland bedarf.**

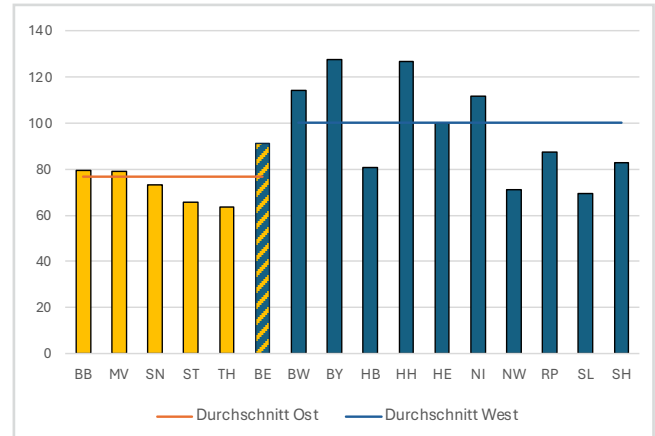


Abb. 4 Bruttoanlageinvestitionen (Gesamtwirtschaft) je Einwohner, 2019–2023, Westdeutschland=100

Quelle: AK VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

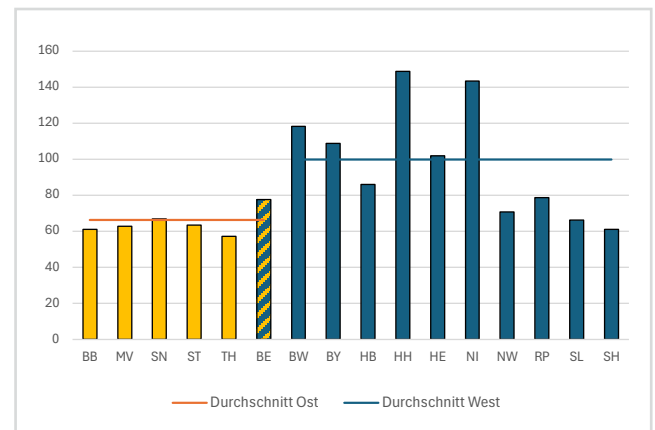


Abb. 5 Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors (ohne Staat/Grundstücks- und Wohnungswesen), 2019–2023, Westdeutschland=100

Quelle: AK VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

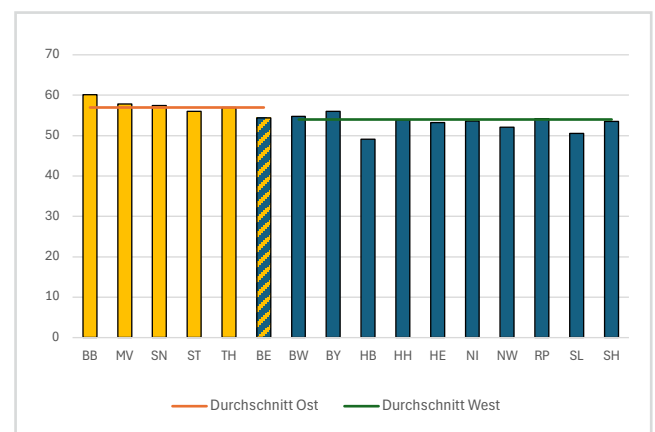


Abb. 6 Modernitätsgrad des Kapitalstocks zu Wiederbeschaffungspreisen, 2021

Quelle: AK VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Eine wesentliche Voraussetzung für ein höheres Investitionsniveau ist auch eine hohe Standortqualität aus Sicht der Investoren. Eine frühere Untersuchung des ifo-Institutes (basierend auf 45 standortrelevanten Indikatoren) zeigt, dass die ostdeutschen Flächenländer mit Ausnahme Sachsens Plätze im letzten Drittel des Rankings belegen – obwohl es auch hier einige Landkreise gibt, die durchaus positiv abschneiden (Abbildung 7). Ein differenzierter Blick zeigt, dass Faktoren, die die Politik gut beeinflussen kann (wie Infrastrukturausstattung oder Fördermittelangebot) in den ostdeutschen Ländern durchaus positiv bewertet werden; dies wird aber überkompensiert durch negative Standortbedingungen in jenen Bereichen, die sich politischer Einflussnahme weitgehend entziehen (wie Lagegunst, Siedlungsstruktur oder demografische Entwicklung).<sup>\*</sup> Produktivitätssteigerungen wird man deswegen eher durch technologische Modernisierung (vgl. Abschnitt 2.3) erreichen können.

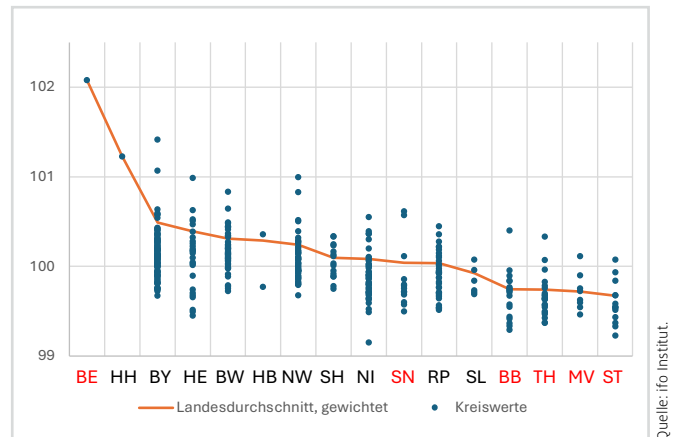


Abb. 7 Standortqualität der Landkreise Deutschlands aus Investorensicht 2022, Deutschland=100

Quelle: ifo Institut.

## 2.3 Bildungsausgaben effektiver nutzen

### Ausstattung mit Arbeitskräften, Qualifikation und Humankapital

Ein Mangel an Arbeitsplätzen ist in Ostdeutschland anders als in der ersten Phase nach der deutschen Vereinigung kein großes Problem mehr: Je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter stehen aktuell rund 90 Arbeitsplätze in Ostdeutschland zur Verfügung; die Arbeitslosenquote liegt bei 7,8 %.

Grund für die weitgehende Entspannung am Arbeitsmarkt ist freilich nicht so sehr die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern vor allem der demografisch bedingte Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung. Da überdies die Arbeitskräfte-nachfrage sich zunehmend hin zu Bereichen wie Gesundheit und Pflege verschiebt, gibt es in weiten Bereichen der Wirtschaft schon heute einen Mangel an Arbeitskräften, der die wirtschaftliche Dynamik dämpft.

In Zukunft verschärft sich dies noch: Die Zahl der erwerbsfähigen Einwohner (20–64 Jahre) wird in Ostdeutschland bis zum Jahr 2035 voraussichtlich um etwa 7 % zurückgehen. Aber auch in vielen westdeutschen Ländern sind ähnliche Entwicklungen zu erwarten, mit möglicherweise negativen Wirkungen auf die weitere Zunahme des Bruttoinlandsprodukts.

<sup>\*</sup> Hierin liegt auch die wesentliche Begründung für die abweichende Bewertung der regionalen Standortbedingungen in einer aktuellen ZEW-Studie, da diese lediglich politisch beeinflussbare Faktoren einbezieht (<https://www.familienunternehmen.de/de/infografiken/bundeslaenderindex>).

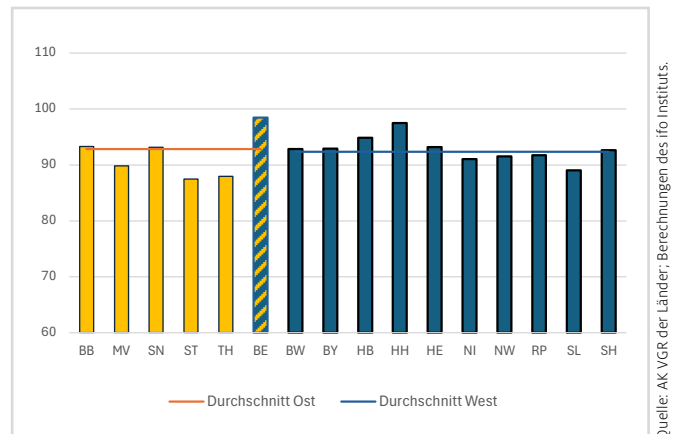


Abb. 8 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2035, 2025=100

Quelle: AK VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Besonders stark betroffen von der demografischen Schrumpfung sind Sachsen-Anhalt und Thüringen, die mit einem Verlust an Arbeitskräften von mehr als 12 % zu rechnen haben (vgl. Abbildung 8). Vor allem bei den Berufseinstiegswandern (25–29 Jahre) weisen die ostdeutschen Flächenländer (mit Ausnahme Brandenburgs) hohe negative Binnenwanderungssalden auf. Um dies auszugleichen, wäre eine höhere Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland nach Ostdeutschland erforderlich, wovon aktuell jedoch nicht auszugehen ist.

Ein zweiter Ansatzpunkt zum Ausgleich von Arbeitskraftverlusten ist es, durch eine verbesserte Qualifikation der Beschäftigten ein »upgrading« des Erwerbspersonenpotenzials zu erreichen, um auf diese Weise Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen. Wenn dies nicht ausreicht, wird man hingegen vor allem auf Rationalisierung und arbeitssparenden technologischen Fortschritt setzen müssen, um mit weniger Arbeitskräften auskommen zu können. Auch eine verstärkte Spezialisierung auf weniger arbeitsintensive und zugleich höherproduktive Wirtschaftszweige könnte dazu beitragen, negative Auswirkung der demografischen Schrumpfung auf das Bruttoinlandsprodukt zu vermeiden.

Mit Blick auf das Qualifikationsniveau der Beschäftigten muss leider konstatiert werden, dass die ostdeutschen Flächenländer einen vergleichsweise niedrigen Anteil an Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss aufweisen (vgl. Abbildung 9) – zum einen aufgrund der Abwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte in der Vergangenheit, zum anderen aber auch aufgrund der bestehenden Wirtschaftsstruktur, die durch vergleichsweise hohe Anteile an eher nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette geprägt ist. Die Gefahr besteht, dass sich dieses Missverhältnis im Zuge der demografischen Entwicklung noch verstärkt – nicht zuletzt aufgrund des negativen Wanderungssaldos bei Bildungs- und Berufseinstiegswanderern.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt für eine Verbesserung der Humankapitalbasis (also für ein höheres durchschnittliches Qualifikationsniveau der Beschäftigten) sind Bildung und Weiterbildung. Dabei sind nicht nur bereits erwerbstätige Personen in den Blick zu nehmen, sondern insbesondere auch die nachwachsenden Kohorten, denn wesentliche Grundlagen für spätere Bildungserfolge werden bereits im Kindes- und Jugendalter gelegt.

Aktuell liegen die Bildungsausgaben in Ostdeutschland, gemessen am Bruttoinlandsprodukt – deutlich höher als in Westdeutschland.

Allerdings liegt dies auch daran, dass das Bruttoinlandsprodukt hier im Allgemeinen recht niedrig ausfällt, während die öffentlichen Einnahmen, aus denen die Bildungsausgaben primär zu finanzieren sind, wegen der Ausgleichswirkungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs vergleichsweise hoch sind. Deutlich weniger günstig stellt sich das Bild deshalb dar, wenn die Bildungsausgaben auf die bildungsrelevante Bevölkerung (0–24 Jahre) bezogen werden; hier liegen die ostdeutschen Flächenländer in etwa auf dem westdeutschen Niveau (vgl. Abbildung 10). Eine Ausnahme bildet Berlin (oder allgemeiner: die Stadtstaaten), weil diese häufig auch Bildungsangebote für Personen aus den umliegenden Ländern zur Verfügung stellen.

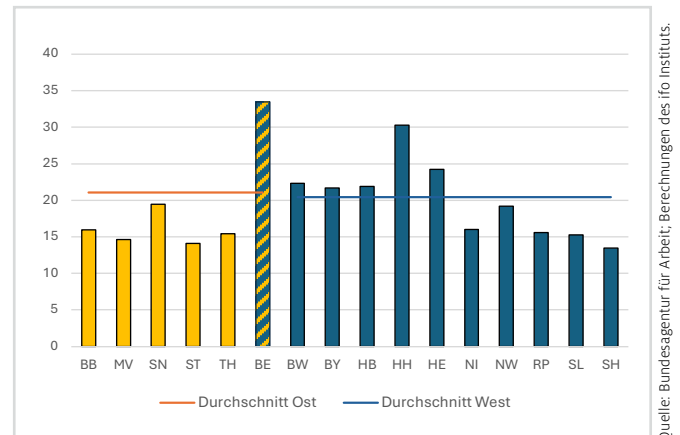


Abb. 9 Beschäftigte mit akademischem Berufsabschluss 2025

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts.

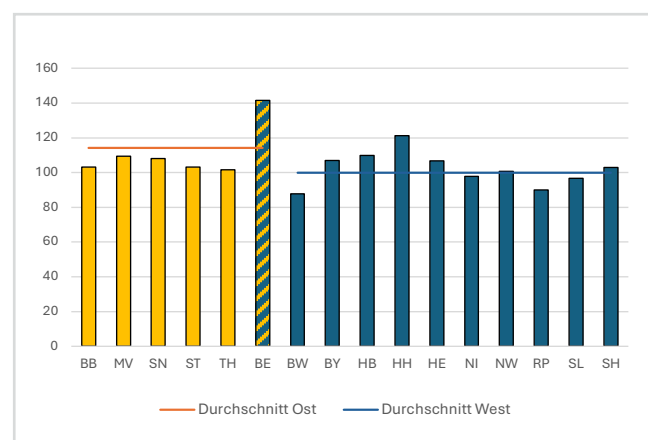


Abb. 10 Ausgaben für Bildung je Einwohner 0–24 Jahre, 2024, Westdeutschland=100

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

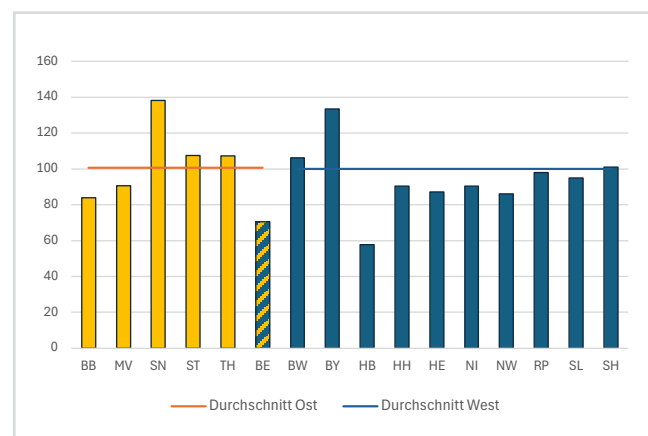
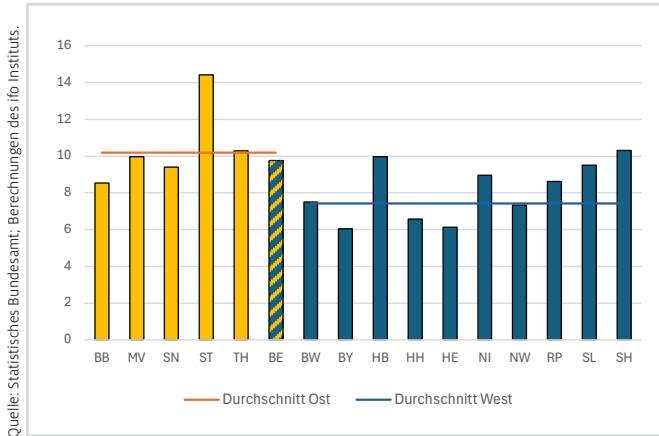


Abb. 11 Punktzahl im INSM Schulleistungsvergleich 2025, Westdeutschland=100

Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft; Berechnungen des ifo Instituts.

Positiv ist zu bewerten, dass die Qualität des Schul- und Bildungssystems in Ostdeutschland vergleichsweise hoch ist; in gängigen Leistungstests schneiden die meisten ostdeutschen Flächenländer recht gut ab (vgl. Abbildung 11). Ausnahmen sind lediglich Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings ist auch der Anteil der Schüler, die die Schule ohne jeglichen Abschluss verlässt, in den ostdeut-



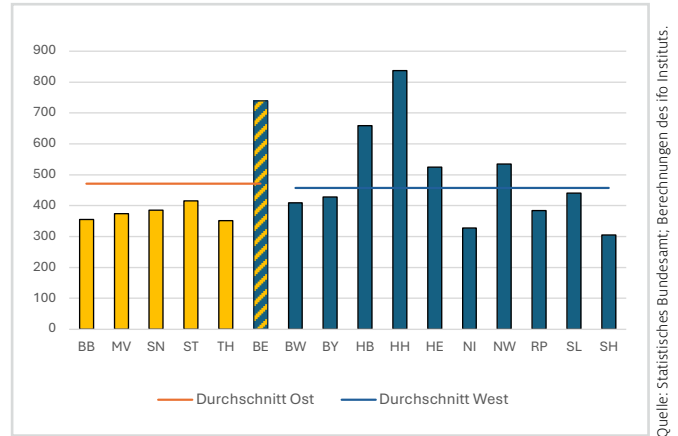
**Abb. 12** Schulabsolventen ohne Hauptschulabschluss in % aller Schulabgänger, Schuljahr 2023/24

schen Ländern überdurchschnittlich hoch; vor allem Sachsen-Anhalt sticht hier negativ hervor (vgl. Abbildung 12).

#### VON BESONDERER BEDEUTUNG FÜR DIE STÄRKUNG DER HUMANKAPITALBASIS SIND DIE HOCHSCHULEN.

Zwar sind die ostdeutschen Länder diesbezüglich gut aufgestellt, und auch die Finanzausstattung der Hochschulen ist (nicht zuletzt dank erfolgreicher Drittmittelwerbung) überdurchschnittlich gut.

Allerdings ist der Anteil der Studierenden an der studienrelevanten Bevölkerung in Ostdeutschland (und hier insbesondere in den Flächenländern) verhältnismäßig niedrig, nicht zuletzt, weil viele Abiturienten für ihr Studium nach Westdeutschland abwandern und nach Studienabschluss auch nicht zurückkommen (vgl. Abbildung 13). Ganz im Gegenteil, selbst Studienabsolventen aus Ostdeutschland nehmen ihre erste Berufstätigkeit häufig anderswo auf. Hierauf deuten jedenfalls die negativen Salden der »Berufseinstiegswan-



**Abb. 13** Studierende insgesamt je 1.000 Einwohner 18-24 Jahre, Wintersemester 2024/25

derungen« hin, die außer in Brandenburg und Berlin überall negativ sind. Ein Grund hierfür könnte in den niedrigen Berufseinstiegsgehältern in Ostdeutschland liegen, aber auch darin, dass die **ostdeutschen Firmen bei Studierenden häufig unbekannt sind und aufgrund ihrer Größe oftmals auch nur ungünstige Karriere- und Aufstiegschancen bieten.**

#### DAS POTENZIAL AN GUT AUSGEBILDETEN HOCHSCHULABSOLVENTEN WIRD VON DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN BISLANG NICHT AUSREICHEND GENUTZT.

Das ist umso problematischer, weil sie dennoch die Kosten für die Bereitstellung von Studienplätzen zu tragen haben. Damit besteht die Gefahr, dass der bereits jetzt in den meisten ostdeutschen Ländern eher niedrige Anteil an Beschäftigten mit akademischer Ausbildung künftig noch weiter sinkt – was negative Auswirkungen nicht nur auf die Produktivität, sondern auf künftige Spezialisierungsmuster haben kann.

## 2.4 Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft viel zu niedrig – Potenziale der Hochschulen für den Ausgleich nutzen

### Technologische Entwicklung

**DER SCHLÜSSEL FÜR EINE POSITIVE ENTWICKLUNG DER OSTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT LIEGT IN EINER BESCHLEUNIGTEN TECHNOLOGISCHEN ENTWICKLUNG DURCH INNOVATIONEN.**

Prozessinnovationen ermöglichen Kostensenkungen im Produktionsprozess, Produktinnovationen können dazu beitragen, Marktanteile zu gewinnen und damit den Umsatz zu steigern. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel zeigen, dass zwar 39 % der Betriebe in Ostdeutschland im Jahr 2023 Innovationen realisiert haben, in den meisten Fällen handelt es sich dabei aber um Weiterentwicklungen bestehender Produkte (29 %) oder bloße Sortimentserweiterungen (20 %).<sup>\*</sup> Demgegenüber geben 46 % der westdeutschen Betriebe an, im Jahr 2023 Produkt- oder Prozessinnovationen vorgenommen zu haben. Auch hier dominieren allerdings Weiterentwicklungen bestehender Produkte (35 %). Völlig neuartige Produkte haben in beiden Landesteilen nur 6 % aller Betriebe auf den Markt gebracht.

**DIE BEDEUTSAMSTE QUELLE FÜR INNOVATIONEN IST FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG (FUE). HIER SCHNEIDET DIE OSTDEUTSCHE WIRTSCHAFT NICHT GUT AB.**

Die FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor belaufen sich in den ostdeutschen Ländern lediglich auf 0,72 % des BIP (in den Flächenländern sogar nochmals etwas weniger). In Westdeutschland hingegen investieren die Unternehmen im Schnitt fast 2,5 % des BIP in FuE, wobei insbesondere die forschungsstarken Länder im Südwesten hervorstechen (vgl. Abbildung 14). Auch im europäischen Vergleich ist die Forschungsschwäche der ostdeutschen Länder eklatant – mit Ausnahme Thüringens (und Berlins) belegen sie hier nur Werte im unteren Drittel aller europäischen Regionen.

**DIE GERINGE FUE-INTENSITÄT IM OSTEN IST VOR ALLEM AUF DIE GERINGE PRÄSENZ GROSSER FORSCHUNGSSTARKER UNTERNEHMEN ZURÜCKZUFÜHREN.**

In Westdeutschland entfallen mehr als 90 % der FuE-Aufwendungen auf Unternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten, obwohl diese nur 56 % aller Arbeitnehmer in der Industrie beschäftigen. In Ostdeutschland sind hingegen lediglich 40 % der Industriebeschäftigten in dieser Betriebsgrößenklasse tätig. Gleichwohl entfallen auch hier 72 % aller FuE-Aufwendungen auf Unternehmen dieser Größenklasse. Dies bedeutet: Im Vergleich zu ihren westdeutschen Pendanten investie-

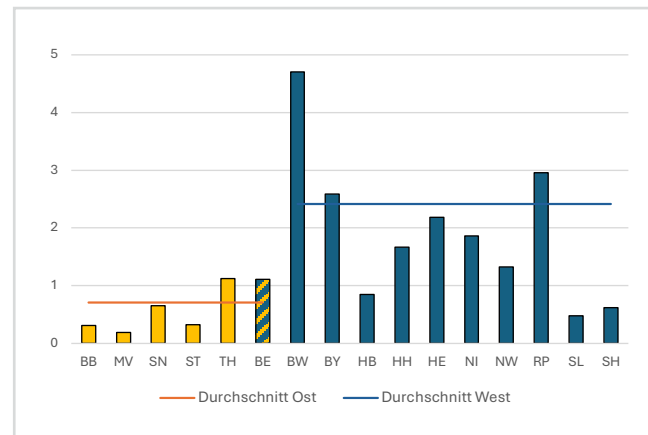


Abb. 14 FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor in % des BIP, 2023

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik.

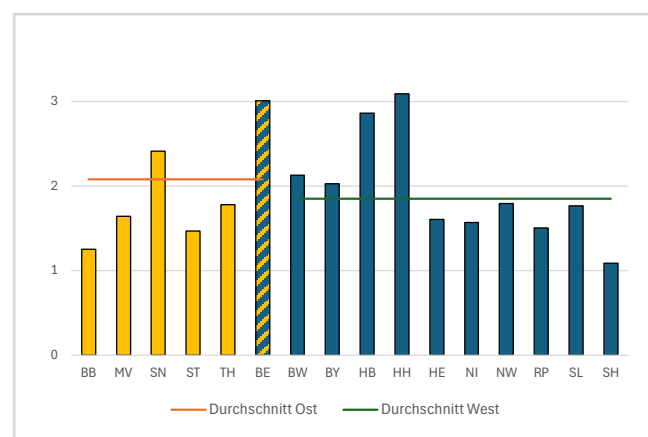


Abb. 15 FuE-Personal im Hochschulsektor je 1.000 Einwohner, 2023

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik.

ren kleinere ostdeutsche Unternehmen durchaus viel in FuE; dies reicht aber nicht aus, das FuE-Niveau insgesamt auf ein höheres Niveau zu heben, weil es an forschungsintensiven größeren Unternehmen fehlt.

**Um dies auszugleichen, investieren die ostdeutschen Länder viel in die öffentliche Forschung, insbesondere an den Hochschulen.** Vor allem Sachsen fällt hier auf, wo im Hochschulsektor mehr FuE-Personal tätig ist als in allen anderen Flächenländern (vgl. Abbildung 15). Dies übersetzt sich wiederum auch in einen hohen Forschungs-Output, gemessen an Patenten (vgl. Abbildung 16) oder auch Drittmitteleinnahmen. Bislang gelingt es aber nicht ausreichend, dass diese

<sup>\*</sup> <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/48129/documents/74047>.

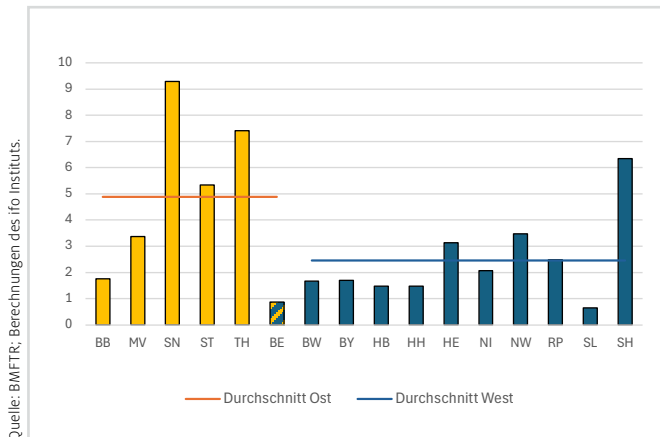


Abb. 16 Patentanmeldungen im Hochschulsektor je 1.000 FuE-Beschäftigte, 2023

Forschungsergebnisse auch von den kleinen und mittleren Unternehmen in der Region genutzt werden. Die Chancen des Technologietransfers besser zu nutzen wäre, insoweit ein erfolgversprechender Weg, die technologische Erneuerung ostdeutscher Unternehmen voranzubringen. Auch die in Teilen öffentlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen könnte man hier einbeziehen.

**Auch Neugründungen von Unternehmen können dazu beitragen, die technologische Modernisierung einer Region voranzubringen.** Zum einen deswegen, weil Unternehmensgründer häufig mit einer innovativen Geschäftsidee versuchen, am Markt erfolgreich zu sein und damit andere Unternehmen zu verdrängen – das ist ja das Wesensmerkmal einer auf Wettbewerb gegründeten marktwirtschaftlichen Ordnung. Zum anderen aber auch deswegen, weil immer Unternehmen aus exogenen Gründen aus dem Markt ausscheiden, so dass sie durch neugegründete Unternehmen ersetzt werden müssen. Eine hohe Gründungsneigung in einer Region geht insoweit im Regelfall auch mit gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerungen einher.

**Die Gründungsdynamik ist in Ostdeutschland allerdings deutlich niedriger als in Westdeutschland – jedenfalls dann, wenn man Berlin außer Betracht lässt.** Während in den westdeutschen Bundesländern im Jahr 2024 immerhin 4,8 Unternehmen je 1.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter neu gegründet wurden, waren es in den ostdeutschen Flächenländern lediglich 3,7 Unternehmen. **Die Gründungs-**

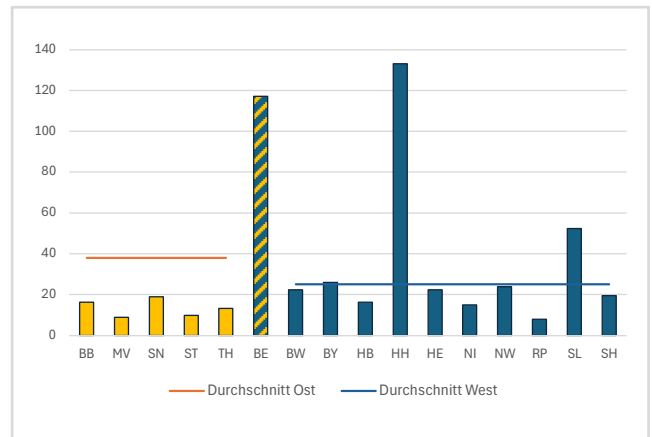


Abb. 17 Zahl der bestehenden Start-ups je 100.000 Einwohner, 2025

**tätigkeit reicht aktuell nicht aus, die aus dem Markt ausscheidenden Unternehmen vollständig zu ersetzen.** Hinzu kommt, dass ein Großteil der Unternehmensneugründungen sich auf Bereiche konzentriert, die durch geringe Markteintrittsbarrieren geprägt sind, wie konsumnahe Dienstleistungen oder Handel. Hier ist allerdings auch der Wettbewerbsdruck hoch und damit die Überlebenswahrscheinlichkeit eines Unternehmens oftmals gering.

**Besondere Aufmerksamkeit genießen vor diesem Hintergrund technologieorientierte Neugründungen, häufig als Ausgründungen aus Hochschulen oder Forschungseinrichtungen.** Angesichts der hohen Bedeutung, die die ostdeutschen Länder der Ausbildung von Fachkräften in sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) beimessen, sollten die Voraussetzungen für derartige Start-up-Neugründungen eher gut sein. Tatsächlich aber gibt es in Ostdeutschland (ohne Berlin) verhältnismäßig wenige derartiger Firmen (vgl. Abbildung 17). Ein Grund hierfür dürfte es sein, dass Start-ups wegen ihrer besonderen Ansprüche an Netzwerke und Finanzierungspartnern eher in den großen Städten (insbesondere München, Berlin und Hamburg) tätig werden. Die zumeist dünn besiedelten ostdeutschen Flächenländer können deswegen hiervon kaum profitieren, obwohl sie von ihrer Ausstattung mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen durchaus Potenziale hierfür aufweisen (die meisten Start-ups in Ostdeutschland sind daher auch in Dresden und Leipzig zu finden).

## 2.5 Fazit – Der Aufholprozess ist in Gefahr

Auch wenn im Durchschnitt das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen noch deutlich hinter dem westdeutschen Niveau zurückliegt, hat die Angleichung in den vergangenen zehn Jahren weitere Fortschritte gemacht. Brandenburg hat inzwischen die schwächeren westdeutschen Bundesländer (Saarland, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz) überholt, nicht zuletzt wegen Ausstrahleffekten von Berlin. Dies zeigt, dass Ostdeutschland keineswegs als ein homogener Wirtschaftsraum zu betrachten ist, der noch immer unter den Nachwirkungen der deutschen Vereinigung leidet. **Vielmehr bilden sich überall regionale Schwerpunkte wirtschaftlicher Aktivität heraus, die es erwarten lassen, dass immer mehr Regionen (wenn auch nicht alle) künftig in einer Liga mit westdeutschen Regionen spielen können.**

Dass der Aufholprozess aufgrund fortbestehender struktureller Schwächen dennoch nur langsam vorankommt und in

Teilbereichen auch keinen Automatismus darstellt, hat die Analyse der Determinanten von wirtschaftlicher Entwicklung gezeigt. Einige dieser strukturellen Schwächen wie Betriebsgrößenstruktur oder demografischer Entwicklung wurden nicht im Detail behandelt, zumal sie sich politischer Einflussnahme weitgehend entziehen. **Umso wichtiger ist es, Investitionen, Innovationen und Bildung zu priorisieren, da diese zu den originären Handlungsfeldern regionaler Wirtschaftspolitik gehören und zugleich wesentliche Ansatzpunkte für eine künftig verbesserte Produktivitätsentwicklung darstellen.** Die allmähliche Erholung der gesamtdeutschen Konjunkturentwicklung, die sich für das Jahr 2027 abzeichnet, bietet die Chance, dass damit auch der Wachstumsprozess in Ostdeutschland neuen Schwung erhält. Besser noch wäre es, wenn die Politik jetzt Schritte geht, die Wachstumsdynamik noch zu verstärken. Ansatzpunkte hierfür werden in Teil 3 dieses Reports aufgezeigt.

## Zusammenfassung: Zentrale Empfehlungen

### 1. INVESTITIONEN MASSIV STÄRKEN

- Steuerliche Anreize und bessere Finanzierungsmöglichkeiten für KMU ausbauen
- Förderprogramme stärker auf Unternehmensinvestitionen ausrichten (weniger Gießkanne, mehr Zielgenauigkeit)
- Unternehmensnachfolgen aktiv unterstützen, um Investitionsstaus zu lösen

### 2. FACHKRÄFTEBASIS SICHERN UND AUSBAUEN

- Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte gezielt fördern
- Rückkehrprogramme und Standortmarketing für Fachkräfte intensivieren
- Hochschulabsolventen stärker an regionale Unternehmen binden (z. B. durch Kooperationen, Praktika, Karrierepfade)

### 3. BILDUNG EFFIZIENTER NUTZEN

- Fokus auf Qualität und Abschlussquoten im Schulsystem
- Weiterbildungssysteme ausbauen und stärker an Unternehmensbedarfen ausrichten
- MINT-Kompetenzen gezielt fördern

### 4. INNOVATION UND FuE DEUTLICH ERHÖHEN

- FuE-Förderung für Unternehmen ausweiten, insbesondere für KMU
- Ansiedlung forschungsintensiver Großunternehmen gezielt unterstützen
- Clusterpolitik und regionale Innovationsnetzwerke stärken

### 5. TECHNOLOGIETRANSFER BESCHLEUNIGEN

- Kooperationen zwischen Hochschulen und Mittelstand systematisch ausbauen
- Transferstrukturen (z. B. Innovationsagenturen) professionalisieren
- Ausgründungen aus Hochschulen erleichtern und finanziell flankieren

### 6. GRÜNDUNGSDYNAMIK ERHÖHEN

- Zugang zu Wagniskapital verbessern, insbesondere außerhalb Berlins
- Bürokratische Hürden für Start-ups abbauen
- Regionale Start-up-Ökosysteme gezielt weiter entwickeln

### 7. STANDORTATTRAKTIVITÄT VERBESSERN

- Infrastruktur weiter ausbauen (digital, Verkehr)
- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schaffen

#### KERNBOTSCHAFT:

Der Osten hat aufgeholt – aber der Vorsprung des Westens bleibt strukturell verankert. Ohne eine klare Investitions-, Innovations- und Fachkräfteoffensive droht der Aufholprozess zu stagnieren oder sogar zu kippen. Jetzt ist der Zeitpunkt für entschlossenes politisches Handeln.

# 3. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT: WAS JETZT GEBRAUCHT WIRD

BRANCHENVERTRETER  
OSTDEUTSCHLANDS  
FORDERN

## Branchenvertreter Ostdeutschlands fordern

**Basierend auf den Ergebnissen und der Daten einzelner Branchen geben Vertreterinnen und Vertreter des Saarower Kreises ein Statement zum Thema Wettbewerbsfähigkeit ab und verbinden dies mit Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.**

- ▶ **OHNE VERTRAUEN IN POLITISCHE VERLÄSSLICHKEIT GIBT ES KEINE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT**  
Interessengemeinschaft der ostdeutschen Unternehmerverbände
- ▶ **FINANZIELLE HANDLUNGSSPIELRÄUME SCHAFFEN UND FÜR PASSGENAUE FÖRDERINSTRUMENTE SORGEN**  
VDMA Ost
- ▶ **BUND UND BRÜSSEL MÜSSEN SOFORT HANDELN: WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEPREISE SIND UNVERZICHTBAR**  
NordOstchemie-Verbände
- ▶ **DEN INNOVATIONSTANDORT OSTDEUTSCHLAND GEZIELT UNTERSTÜTZEN**  
Automotiv Cluster Ostdeutschland
- ▶ **ES BRAUCHT STABILE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION DES ENERGIESYSTEMS**  
Solar Power Transformation Cluster
- ▶ **DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ENTSCHIEDET SICH MASSGEBLICH IN DEN SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN**  
OptoNet
- ▶ **DER OSTEN BRAUCHT EINE STÄRKERE INTERNATIONALE PRÄSENZ**  
Frankreich-Initiative Ostdeutschland
- ▶ **VERMÖGEN – ENTSCHEIDEND FÜR CHANCEN, WIRTSCHAFTLICHE TEILHABE UND RESILIENZ**  
Ostdeutscher Bankenverband
- ▶ **OHNE NACHFOLGER KEINE ZUKUNFT – OSTDEUTSCHLANDS STILLE KRISE**  
Nachfolge-Initiative Ostdeutschland



*Dr. Jens Katzek*  
Geschäftsführer ACOD

## Automotiv Cluster Ostdeutschland

---

### Den Innovationsstandort Ostdeutschland gezielt unterstützen

Fangen wir mit den positiven Nachrichten an. VDA-Zahlen zeigen: 60 % aller 2025 in Ostdeutschland hergestellten Pkw waren Elektroautos. In Westdeutschland machen Elektro-Pkw nur 35 % der Produktion aus. Ostdeutschland ist also Vorreiter. Allerdings ist deshalb dort auch der Druck besonders hoch, dass die Umstellung in Richtung Elektromobilität funktioniert! Über 200.000 Menschen arbeiten in der Automobilindustrie in Ostdeutschland.

Begonnen hat die Entwicklung mit BMW in Leipzig. Dort gab es 2013 mit dem i3 das erste deutsche Werk, in dem Elektroautos gebaut wurden. Mittlerweile haben alle Automobilunternehmen an der Erneuerung der Modellpalette gearbeitet. Aber der Automobilsektor steht unter Druck durch den internationalen Wettbewerb im asiatischen Bereich, die US-Zölle, die Umstellung auf klimafreundliche Antriebe und die hohen Energiepreise.

Der Automobilbau als Schlüsselindustrie unseres Landes braucht deshalb Vorteile, die Kostennachteile ausgleichen. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger Bürokratie und eine Infrastruktur, die elektrische Mobilität für Verbraucher und den LWK-Bereich attraktiv macht – sei es mit Batterie oder mit Wasserstoff.

Hier sind sehr schnell politische Entscheidungen auf Europäischer Basis erforderlich! Die Brüsseler Vorgaben sind jedoch

eher ernüchternd. Viele der Vorschläge zeigen, wie sehr man im Regulierungsdenken verhaftet ist.

Die Branche will den Erfolg – schon 2024 fiel die Entscheidung von BMW seine Kapazitäten für die E-Komponentenfertigung in Leipzig auszubauen. 800 Mio. Euro wurden investiert. Und Tesla in Grünheide hat Ende 2025 bekanntgegeben, knapp 100 Mio. in seine Zellfabrik zu investieren – in die dann rund 1 Milliarde investiert wurde.

Bei BMW in Leipzig wurde Mitte 2025 wieder auf die 3-Schicht-Produktion umgestellt und das Werk plant die Anbindung des Standorts an eine Wasserstoff-Pipeline, um der weltweit erste Automobilproduktions-Standort zu werden, der durch eine Pipeline mit Wasserstoff versorgt wird. Die deutsche Automobilindustrie ist und bleibt der Innovationsmotor für unsere Wirtschaft. Unter den Top 10 der Unternehmen beim Deutschen Patentamt befinden sich 2025 ausschließlich Automobilhersteller und Zulieferer.

Zahlen des VDA aus dem Februar 2026 zeigen aber auch: Beinahe die Hälfte der Unternehmen, die Beschäftigung in Deutschland abbauen, bauen gleichzeitig Beschäftigung im Ausland auf. 33 % der Unternehmen planen, ihr Engagement in der EU zurückzufahren.

Unsere Unternehmen sind global aufgestellt. Wir bauen jetzt und in Zukunft mit die besten Autos der Welt - die Frage ist nur, welche Rolle der deutsche Standort dabei noch spielen wird. Und da wird es ohne die richtigen politischen Rahmenbedingungen eng. Berlin und Brüssel müssen die eigenen Hausaufgaben und den Standort wieder zum Paradebeispiel für Wettbewerbsfähigkeit machen!



*Nora Schmidt-Kessler*  
Hauptgeschäftsführerin

## NordOstchemie-Verbände

---

### Bund und Brüssel müssen sofort handeln: wettbewerbsfähige Energiepreise sind unverzichtbar

Die Lage ist ernst: Seit 2022 verzeichnen wir einen Rückgang von Produktion und Umsätzen, die Kapazitätsauslastung liegt bei unter 70 Prozent – weit unter der Rentabilitätsschwelle. Die über Jahrzehnte aufgebaute industrielle Substanz in Ostdeutschland droht zu zerfallen.

Die Ursachen: Hohe Energie- und Rohstoffkosten in Europa schwächen unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und Asien massiv. Hinzu kommen eine wachsende Regulierungsdichte und schwierige konjunkturelle Rahmenbedingungen. Besonders energieintensive Produktionsbereiche stehen unter enormem Druck. Der Krieg in Nahost erschwert die Lage.

Mitteldeutschland ist ein bedeutender Verbundstandort mit mehr als 100 Jahren industrieller Tradition. Die chemische Industrie ist hier ein zentraler Arbeitgeber und Wirtschafts-

motor: Mehr als 63.000 Menschen sind direkt beschäftigt, der Jahresumsatz beträgt rund 30 Milliarden Euro. Jeder Chemiearbeitsplatz sichert bis zu fünf weitere Jobs – in Zulieferbetrieben, Logistik, Wartung oder Dienstleistungen. Damit ist die Branche ein entscheidender Wohlstandsbooster für die Region und bietet mit gut bezahlten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen die beste Antwort auf Abstiegsängste.

Was ist jetzt dringend erforderlich? Bund und Brüssel müssen sofort handeln: wettbewerbsfähige Energiepreise sind unverzichtbar. Verlässliche Rahmenbedingungen für industrielle Produktion, die Stärkung heimischer Wertschöpfungsketten sowie ein konsequenter Bürokratieabbau mit beschleunigten Genehmigungsverfahren sind dringend nötig. Eine Klimapolitik, die den Weg zur Klimaneutralität gestaltet, ohne die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu gefährden, ist ebenfalls zentral.

Die ostdeutschen Chemiestandorte haben enormes Potenzial – wo Chemie und Pharma sind, da ist Zukunft. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, riskieren wir nicht nur Arbeitsplätze, sondern ganze Wertschöpfungsketten und damit den wirtschaftlichen Wohlstand ganzer Regionen.



*Nora Kirsten und Anke Siegmeier*  
Geschäftsführerinnen

## OptoNet

---

### Die Wettbewerbsfähigkeit entscheidet sich maßgeblich in den Schlüsseltechnologien

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entscheidet sich maßgeblich in den Schlüsseltechnologien. Dabei nimmt die Photonik eine zentrale Rolle ein. Ohne Lichttechnologien gibt es keine Halbleiterfertigung, keine moderne Medizintechnik, keine Quantentechnologien und keine leistungsfähige Verteidigungs- und Sicherheitsinfrastruktur.

Ostdeutschland und insbesondere Thüringen mit dem Photonikstandort Jena gehören zu den international sichtbaren Kompetenzzentren dieser Branche. Unsere Stärke liegt in einem einzigartigen Zusammenspiel aus exzellenter Forschung, hochspezialisiertem Mittelstand und industrieller Anwendung. Doch genau diese Stärke gerät zunehmend unter Druck.

Steigende Energie- und Produktionskosten, langwierige Genehmigungsprozesse, Fachkräftemangel sowie ein international verschärfter Wettbewerb, insbesondere aus den USA und Asien, setzen die Unternehmen unter erheblichen Anpassungsdruck. Gleichzeitig fehlt es in Deutschland häufig an der notwendigen Geschwindigkeit bei der Skalierung von Innovationen.

Wenn wir unsere technologische Souveränität sichern und ausbauen wollen, braucht es jetzt entschlossenes Handeln.

Erstens müssen innovationsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören schnellere Verfahren, weniger Bürokratie und gezielte Investitionsanreize für Schlüsseltechnologien.

Zweitens ist eine konsequente Stärkung des Mittelstands erforderlich. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind Träger von Innovation und Wertschöpfung. Sie brauchen besseren Zugang zu Kapital, Fachkräften und internationalen Märkten.

Drittens gilt es, Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Anwendungen zu überführen. Der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss systematisch gestärkt werden.

Viertens braucht es eine klare industriepolitische Strategie für Schlüsseltechnologien wie die Photonik. Sie ist Grundlage für wirtschaftliche Resilienz, technologischen Vorsprung und strategische Handlungsfähigkeit.

Die Photonik ist kein Nischensektor. Sie ist eine Enabling Technology für nahezu alle Zukunftsmärkte. Wer hier investiert, investiert in die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes insgesamt.

**Achim Oelgarth**

Geschäftsführender Vorstand

## Ostdeutscher Bankenverband

---

### Vermögen – entscheidend für Chancen, wirtschaftliche Teilhabe und Resilienz

Mehr als drei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit zeigt sich in Ostdeutschland beim Vermögen weiterhin ein Unterschied: Die Vermögensbasis vieler Haushalte bleibt deutlich unter dem westdeutschen Niveau.

Vermögen ist ein entscheidender Faktor für wirtschaftliche Teilhabe und persönliche Resilienz. Ein finanzielles Polster bedeutet Sicherheit und erleichtert es, Chancen zu nutzen – etwa mit der Gründung eines Unternehmens oder dem Erwerb von Wohneigentum. Vermögensbildung ist damit nicht nur ein individuelles Anliegen, sondern ein Standortfaktor für wirtschaftliche Dynamik, gesellschaftliche Stabilität und unternehmerische Entwicklung.

Wichtig ist zunächst eine breitere Beteiligung am Kapitalmarkt. Haushalte können so mit langfristigen Anlagen global am Wachstum partizipieren. Instrumente wie die Frühstart-Rente oder private Altersvorsorgedepots setzen hier Impulse. Sie müssen früh beginnen und breite Bevölkerungsschichten erreichen.

Zudem braucht es eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung. Es verbindet Vermögensbildung mit der Arbeitswelt und trägt zur finanziellen Vorsorge bei. Vereinfachte Modelle und geringere administrative Hürden sind entscheidend.

Nicht zuletzt sind grundlegende Finanzkompetenzen nötig, um Chancen wahrzunehmen. Ökonomische Bildung muss frühzeitig und flächendeckend für alle Schulformen verbindlich als eigenes Fach verankert werden. Sie darf nicht von Schulform, Bundesland oder Lehrerqualifikation abhängen.

Ostdeutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht. Schaffen Politik, Wirtschaft und Finanzsektor gemeinsam die richtigen Rahmenbedingungen, kann eine breitere Vermögensbasis entstehen – zum Nutzen der Menschen, der Unternehmen und der wirtschaftlichen Entwicklung der Region.



*Lars Schaller*

Geschäftsführer Unternehmerverband Sachsen

## Unternehmerverband Sachsen / Interessengemeinschaft der ostdeutschen Unternehmerverbände

---

### Ohne Vertrauen in politische Verlässlichkeit gibt es keine Wettbewerbsfähigkeit

Der Mittelstand in Ostdeutschland steht für Innovationskraft, regionale Verantwortung und wirtschaftliche Stabilität. Doch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gerät zunehmend unter Druck – nicht, weil es an Ideen oder Leistungsbereitschaft fehlt, sondern weil politische Entscheidungen zu oft unberechenbar, kurzfristig und widersprüchlich sind und Vertrauen fehlt.

Was die Unternehmen jetzt dringend brauchen, ist Ehrlichkeit in der Analyse und ein verlässlicher Rahmen, der Planungssicherheit schafft. Investitionen entstehen nicht im Klima der Unsicherheit. Unternehmen treffen Entscheidungen über Jahre hinweg – politische Rahmen werden dagegen viel zu oft verändert. Diese Diskrepanz gefährdet Wachstum, Beschäftigung und die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen.

Es braucht daher:

- ▶ Stabile, langfristige wirtschaftspolitische Leitplanken, die nicht an politischem Kalkül oder vor bzw. nach Wahlen revidiert werden.
- ▶ Verlässliche Förder- und Energiepolitik, die Investitionen ermöglichen, statt sie zu verzögern.
- ▶ Schnellere, verbindliche Verwaltungsprozesse, damit Projekte nicht an endlosen Genehmigungsschleifen scheitern.
- ▶ Echte Dialogbereitschaft, damit politische Entscheidungen die Realität des Mittelstands widerspiegeln.

Vertrauen entsteht nicht durch Ankündigungen, sondern durch konsequentes Handeln und Beständigkeit. Wenn die Politik wieder Berechenbarkeit schafft und Reformen konsequent anpackt, kann der ostdeutsche Mittelstand seine Stärke voll ausspielen.

**Oliver Köhn**

Geschäftsführer

## VDMA Ost

---

### Finanzielle Handlungsspielräume schaffen und für passgenaue Förderinstrumente sorgen

Für den Maschinen- und Anlagenbau sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen längst mehr als ein Investitionshemmnis. Sie sind zu einem handfesten Standortrisiko geworden. Wettbewerbsfähigkeit entsteht nicht durch Ankündigungen. Sie braucht eine umsetzungsstarke Politik, die die Lebensrealität des industriellen Mittelstands berücksichtigt.

Konkret heißt das: Mehrjährige Genehmigungsprozesse können wir uns nicht leisten. Länder und Kommunen müssen hier deutlich schneller werden. Gleichzeitig wird der Mittelstand durch umfangreiche Dokumentations- und Mehrfachmeldepflichten massiv belastet. 6,3 %\* vom Jahresumsatz entfallen für KMU im Schnitt inzwischen auf Bürokratie – fast so viel wie auf Ausgaben für F&E. Dieser bürokratische Aufwand bindet Ressourcen, die für Innovationen dringend benötigt werden.

Wer Investitionen in Deutschland will, muss finanzielle Handlungsspielräume schaffen und für passgenaue Förderinstrumente sorgen, die unkompliziert und schnell verfügbar sind.

Gerade mittelständische Betriebe in Ostdeutschland, die häufig über geringere Kapitalpolster verfügen, reagieren besonders sensibel auf zusätzliche staatliche Belastungen. Deshalb muss der Bund bei der Steuer- und Abgabenlast dringend gegensteuern.

Mindestens genauso entscheidend sind verlässliche Handlungsspielräume im internationalen Markt. Rund die Hälfte der ostdeutschen Maschinenbauprodukte geht in den Export. Entsprechend erwarten wir eine schnelle und wirksame Umsetzung neuer Handelsabkommen, die auch mittelständischen Betrieben den Markteintritt ermöglichen.

Anwendungsnahe Forschung, ein beschleunigter Technologietransfer, gemeinsame Innovationsprojekte und passgenaue Weiterbildungsangebote sind zentrale Hebel, um Produktivität und technologischen Fortschritt zu sichern. Hochschulen und Forschungseinrichtungen spielen dabei eine Schlüsselrolle – vorausgesetzt, sie sind ausreichend finanziert, um Kooperationen und Pilotprojekte mit dem industriellen Mittelstand umsetzen zu können.

Was wir jetzt brauchen, ist entschlossenes Handeln aller Akteure: Die Politik muss mutig reformieren, die Wirtschaft wieder investieren und die Wissenschaft praxisorientiert forschen.

---

\* Quelle: Studie der Impuls-Stiftung für den Maschinenbau, den Anlagenbau und die Informationstechnik zum Thema Bürokratiekosten (2025)



*Danny Wehnert*  
Vorstandsvorsitzender

## Solar Power Transformation Cluster

---

### Es braucht stabile Rahmenbedingungen

Ostdeutschland verfügt über ein außergewöhnliches Potenzial für die industrielle Transformation des Energiesystems. In der Region sind entlang der solaren Wertschöpfungskette leistungsfähige Unternehmen, international sichtbare Forschungseinrichtungen und qualifizierte Fachkräfte vorhanden. Diese Ausgangslage bietet beste Voraussetzungen, um industrielle Wertschöpfung, Innovation und Beschäftigung nachhaltig zu sichern und auszubauen.

Ob dieses Potenzial wirksam wird, entscheidet sich jedoch maßgeblich an der Verlässlichkeit der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Investitionen in Produktion, Skalierung und Transfer benötigen Planungssicherheit über mehrere Jahre. Kurzfristige Richtungswechsel, komplexe Genehmigungsprozesse und inkonsistente Förderlogiken erschweren aktuell genau jene Entscheidungen, die für Wettbewerbsfähigkeit und industrielle Umsetzung notwendig sind.

Das Solar Power Transformation Cluster vereint Akteure aus Forschung, Industrie und Anwendung und adressiert gezielt die Schnittstellen, an denen vorhandene Kompetenzen in konkrete Projekte überführt werden müssen. Als Verein verstehen wir uns als Vermittler zwischen politischen Zielsetzungen und industrieller Realität. Wir bündeln Bedarfe aus der Praxis, machen strukturelle Hemmnisse sichtbar und übersetzen strategische Ziele in umsetzbare Vorhaben.

Für die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands ist entscheidend, dass Politik verlässliche Leitplanken setzt, die Investitionen ermöglichen und fördern. Multiplikatoren wie das Solar Power Transformation Cluster können diese Leitplanken mit Leben füllen, indem sie Kooperation organisieren, Transfer beschleunigen und Rückkopplung aus der Umsetzung in die politische Ebene geben. Das vorhandene Potenzial der Region ist groß – es braucht stabile Rahmenbedingungen, um es vollständig zu entfalten.



**Dirk Schneemann**

Präsident des DFWK und  
Initiator der Frankreich-Initiative  
Ostdeutschland

## Frankreich-Initiative Ostdeutschland/ Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

---

### Der Osten braucht eine stärkere internationale Präsenz

Die der »Frankreich-Initiative Ostdeutschland (FIOst)« dienende Ausgangsbasis – das krasse Ungleichgewicht hinsichtlich »französischer Präsenz in allen Lebensbereichen« zwischen beiden Regionen zeigt sich am Beispiel Frankreich zwar besonders deutlich, trifft aber auch auf eine ganze Reihe anderer – zumeist westeuropäischer Länder zu.

Die Kappung und Abwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung in kürzester Zeit führte zu strukturellen und geografisch stark unterschiedlichen Entwicklungen in beiden Regionen. Während sich »überlebende ehemalige DDR-Unternehmen« Richtung Osteuropa und Asien orientierten, blieb ihnen der westeuropäische und amerikanische Markt weitgehend verschlossen.

Dies führte zum einen dazu, dass die EU-Präsenz – politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich – fast ausnahmslos durch »alte westdeutsche« Strukturen wahrgenommen wurde, zum anderen, dass aus Sicht dieser Länder aufgrund fehlender

Netzwerke Investitionen, Niederlassungen, Kooperationen mit ostdeutschen Unternehmen die Ausnahme waren.

Tiefgreifende geopolitische Veränderungen (Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg) führten jedoch dazu, dass Märkte wie Asien und Russland nahezu ausfielen. Gleichzeitig wurden innereuropäische Beziehungen immer wichtiger. Hinzu kam die gestiegene und auch international stärker wahrgenommene Innovationskraft der ostdeutschen Länder. Damit veränderte sich auch der Fokus sowohl ostdeutscher Unternehmen als auch internationaler Investoren auf den Osten selbst.

Somit erscheint die Frage »der Vergleichbarkeit und des Aufholens Ost-West« in einem anderen Licht. Es muss künftig stärker um internationale Vergleichbarkeit in Schlüsseltechnologien und Branchen gehen, die ostdeutsche Unternehmen wettbewerbskonform bedienen können. Zum anderen lassen sich immer wieder fortgesetzte »verlängerter Werkbänke westdeutscher Prägung« durch internationale Kooperationen ablösen. Dies betrifft auch Direktinvestitionen und nachhaltige Wertschöpfung, deren Ergebnisse »im Osten« bleiben. Aufgrund der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft braucht es den Aufbau von internationalen Netzwerken und einen neuen Fokus der vorhandenen Förderstrukturen.



**Frank Nehring**  
Sprecher der Initiative  
Nachfolge Ostdeutschland

## Nachfolge-Initiative Ostdeutschland

---

### Ohne Nachfolger keine Zukunft – Ostdeutschlands stille Krise

Unternehmensnachfolge ist in Ostdeutschland kein Randthema – sie ist eine der zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Und zugleich eine enorme Chance.

Mit der Nachfolge-Initiative Ostdeutschland, die 2024 von engagierten Akteuren gegründet wurde, sollte das Thema aus der regionalen Fragmentierung herausgeführt und auf eine gemeinsame ostdeutsche Ebene gehoben werden. Ziel war es, Aufmerksamkeit zu bündeln, Kräfte zu vernetzen und die Erfolgsquote bei Unternehmensübergaben spürbar zu erhöhen.

Doch genau daran hapert es bis heute. Die stark regional ausgerichteten Strukturen von Industrie- und Handelskammern sowie Handwerksorganisationen haben – trotz ernsthafter Bemühungen – keine durchschlagenden Erfolge hervorgebracht. Der notwendige überregionale Schulterschluss bleibt die Ausnahme. Teilweise scheitert er an institutionellen Grenzen, teilweise schlicht am fehlenden politischen Willen.

Dabei wächst der Handlungsdruck. Der Wettbewerbsreport Ostdeutschland 2026 macht deutlich: Die Investitionstätigkeit vieler Unternehmen bleibt schwach – auch, weil Inhaber kurz vor dem Ruhestand ohne Nachfolgeperspektive nicht mehr investieren. Gleichzeitig erschwert die geringe Unternehmensgröße vieler ostdeutscher Unternehmen den Zugang zu Kapital und geeigneten Förderinstrumenten.

Besonders betroffen sind die Kleinstunternehmen. Gerade sie prägen die wirtschaftliche und soziale Struktur vieler Regionen – und verschwinden dennoch oft still vom Markt. Nicht, weil sie keine Zukunft hätten, sondern weil sich Übergaben angeblich »nicht lohnen«. Das ist ein fataler Irrtum. Wenn diese Betriebe verschwinden, geht mehr verloren als wirtschaftliche Substanz: Es geht um Versorgung, Lebensqualität und regionale Stabilität.

Was es jetzt braucht, sind neue Ansätze: Unternehmer müssen frühzeitig motiviert werden, ihre Betriebe übergabefähig zu machen. Potenzielle Nachfolger brauchen bessere Vorbereitung, Finanzierungsmöglichkeiten und Perspektiven. Und Förderinstrumente müssen stärker auf kleine Unternehmensstrukturen zugeschnitten werden – etwa durch neue Beteiligungsmodelle oder staatlich flankierte Übergabelösungen. Vor allem aber braucht es eines: politischen Willen.

## Zusammenfassung: Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands sichern

### 1. WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEPREISE SOFORT HERSTELLEN

Hohe Energie- und Rohstoffkosten sind ein zentraler Standortnachteil – insbesondere für energieintensive Industrien wie Chemie und Automobil.

### 2. BÜROKRATIE KONSEQUENT ABBAUEN

Übermäßige Regulierung und Dokumentationspflichten binden Ressourcen (bis zu 6,3 % Umsatz bei KMU) und hemmen Innovationen.

### 3. GENEHMIGUNGSVERFAHREN DRASTISCH BESCHLEUNIGEN

Mehrjährige Verfahren gefährden Investitionen; schnellere, verbindliche Prozesse sind notwendig.

### 4. PLANUNGSSICHERHEIT DURCH STABILE POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Verlässliche, langfristige Leitplanken sind Voraussetzung für Investitionen und Vertrauen des Mittelstands.

### 5. INDUSTRIEPOLITISCHE STRATEGIE FÜR SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN ENTWICKELN

Fokus auf Zukunftsfelder wie Photonik, Elektromobilität und Energie – zur Sicherung technologischer Souveränität.

### 6. INNOVATIONSSTANDORT OSTDEUTSCHLAND GEZIELT STÄRKEN

Investitionsanreize, bessere Skalierung von Innovationen und stärkere Unterstützung technologieorientierter Branchen.

### 7. TECHNOLOGIETRANSFER ZWISCHEN FORSCHUNG UND WIRTSCHAFT VERBESSERN

Forschungsergebnisse müssen schneller in marktfähige Anwendungen überführt werden.

### 8. MITTELSTAND GEZIELT UNTERSTÜTZEN

Besserer Zugang zu Kapital, Fachkräften und internationalen Märkten sowie passgenaue Förderinstrumente.

### 9. INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND NETZWERKE AUSBAUEN

Stärkere Integration in europäische und globale Märkte, gezielte Förderung internationaler Kooperationen.

### 10. EXPORT UND HANDELSABKOMMEN STÄRKEN

Schnelle Umsetzung neuer Handelsabkommen zur Unterstützung exportorientierter Branchen wie Maschinenbau.

### 11. VERMÖGENSBILDUNG UND FINANZKOMPETENZ FÖRDERN

Breitere Kapitalmarktteilhabe, stärkere betriebliche Altersvorsorge und verbindliche ökonomische Bildung.

### 12. UNTERNEHMENSNACHFOLGE SICHERN

Neue Modelle, bessere Finanzierung und stärkere politische Koordination, um den Verlust wirtschaftlicher Substanz zu verhindern.

# 4. SPEZIAL: VERMÖGEN UND DESSEN AUFBAU IN OSTDEUTSCHLAND

Das Spezialthema des Wettbewerbsreports Ostdeutschland 2026 beleuchtet die Rolle der privaten Vermögensbildung als zentraler Faktor für wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Denn **Vermögen erfüllt für Bürgerinnen und Bürger eine doppelte Funktion: Es dient als Sicherheitspuffer und eröffnet zugleich wirtschaftliche Handlungsspielräume.** Haushalte ohne ausreichende Rücklagen agieren tendenziell risikoaverser und können Chancen – etwa unternehmerische Aktivitäten – seltener nutzen. In diesem Kontext fungiert Vermögen als eine Art »ökonomisches Sprungbrett«. Fehlt dieses, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass bestehende Einkommensunterschiede über Generationen hinweg fortbestehen. Eine breite Vermögensbasis ist daher nicht nur für individuelle Aufstiegschancen entscheidend, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Dynamik und langfristige Stabilität ganzer Regionen.

**Der Vermögensrückstand Ostdeutschlands im innerdeutschen Vergleich ist historisch gewachsen und strukturell erklärbar. Er ist jedoch nicht statisch und die Schere zwischen Ost und West kann sich mit den richtigen Rahmenbedingungen weiter schließen.** Ein politisch tragfähiger Weg besteht weniger in großzügigen Transfers, sondern durch den Mix vieler öffentlicher wie privater Maßnahmen, wobei wir uns im Folgenden auf drei Handlungsfelder beschränken:

- ▶ Auf den frühzeitigen Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge (Frühstart-Rente),
- ▶ die stärkere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) und
- ▶ eine verbindliche schulische Finanzbildung in allen Bundesländern.

## 4.1 Aktueller Stand zu Vermögensaufbau und Struktur

**Mehr als drei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit zeigen sich beim privaten Vermögen und dessen Aufbau weiterhin strukturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.**

Zwar haben sich Einkommen, Beschäftigung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in vielen Bereichen angenähert, Vermögensbestände und Kapitalmarktteilnahme bleiben in Ostdeutschland aber unterdurchschnittlich ausgeprägt. Vermögensunterschiede zeigen sich nicht nur zwischen Alters- und Einkommensgruppen, sondern auch deutlich im regionalen

Vergleich. Insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen weiterhin erhebliche Differenzen sowohl in der Höhe als auch in der Zusammensetzung der Vermögen. Laut dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom April 2025 verfügten ostdeutsche Haushalte (inklusive Berlin) im Jahr 2023 im Median über ein Nettovermögen von 35.900 Euro, während dieser Wert in Westdeutschland bei 143.200 Euro lag. Auch wenn die Vermögen in Ostdeutschland im Zeitverlauf deutlich gestiegen sind, hat sich der relative Vermögensabstand zwischen Ost und West seit den frühen 2000er-Jahren leicht vergrößert (vgl. Abbildung 18).

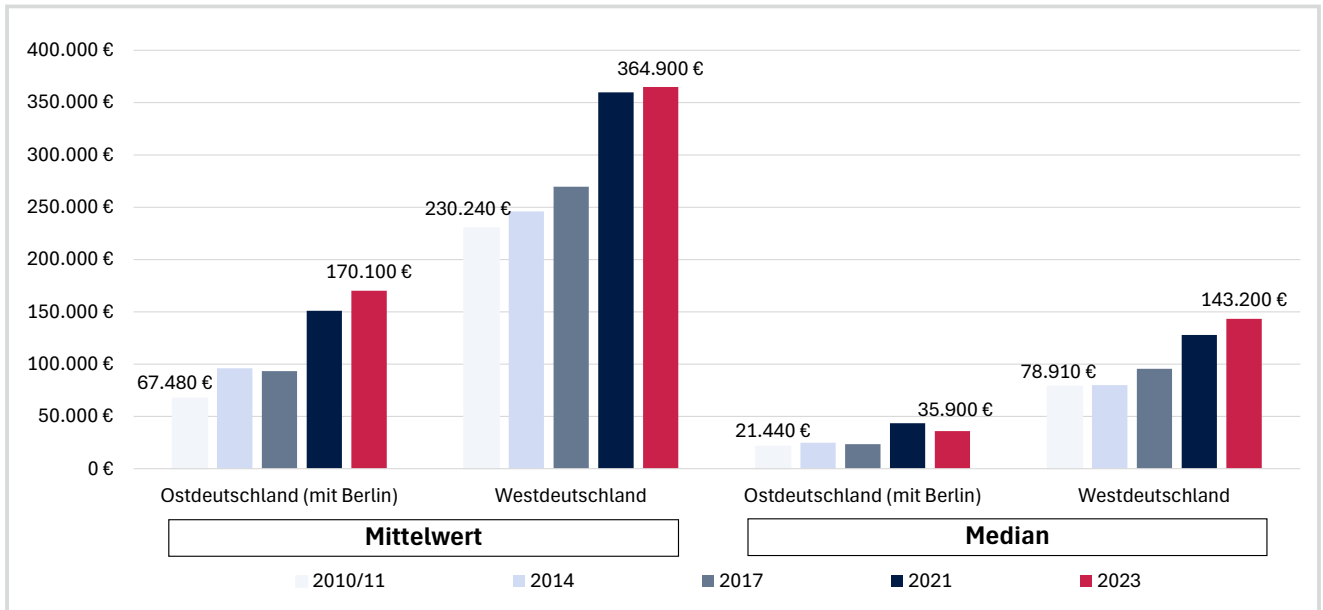


Abb. 18 Vermögensabstand zwischen Ost und West leicht vergrößert

## 4.2 Ursachen der Vermögenslücke

Die Vermögensunterschiede zwischen Ost und West sind nicht monokausal erklärbar, sondern das Ergebnis verschiedener struktureller Faktoren.

**Eine Ursache des anhaltend geringeren ostdeutschen Vermögens ist sicher das weiterhin niedrigere Einkommensniveau gegenüber Westdeutschland.** Zwar haben sich die Löhne im Osten der Republik seit 1991 vervierfacht und sich an das Westniveau angenähert, allerdings verdienen Vollzeitbeschäftigte im Westen (inkl. Berlin) im Jahr 2024 immer noch deutlich mehr als Vollzeitbeschäftigte in Ostdeutschland mit durchschnittlich 4.810 Euro versus 3.973 Euro brutto. **Infolgedessen ist auch die Sparquote im Osten kontinuierlich niedriger als im Westen (vgl. Abbildung 19), was sich negativ auf die Vermögensbildung auswirkt.**

**Auch Erbschaften und Schenkungen sind im Westen im Durchschnitt deutlich höher.** Laut dem DIW (nach Auswertung des SOEPv35 von 2021) betragen die Erbsummen in Westdeutschland von 2002–2017 durchschnittlich 92.000 Euro, in Ostdeutschland hingegen nur 52.000 Euro. Ursächlich hierfür sind sicherlich die geringere Vermögensbildung zu DDR-Zeiten, wiederum das niedrigere Lohnniveau nach der Wiedervereinigung (und somit geringere Sparsummen) und der geringe Marktwert von Immobilien in weiten Teilen Ostdeutschlands.

**Während die Grundausrichtung der Vermögensstruktur in Ost- und Westdeutschland ähnlich ist, bestehen deut-**

**liche Unterschiede bei der Verbreitung zentraler Vermögenskomponenten: Immobilien, Betriebsvermögen sowie kapitalmarktnahe Anlagen sind in Ostdeutschland deutlich seltener vertreten.** Gerade diese Vermögensarten sind jedoch besonders relevant für einen langfristigen Vermögensaufbau, da sie überdurchschnittliche Renditechancen bieten. Hier kommt auch zum Tragen, dass – wie oben ausgeführt – Haushalte mit geringeren Vermögenspositionen sich in der Regel risikoaverser verhalten (müssen) und somit unterdurchschnittlich von Renditechancen profitieren können. Und selbst wenn entsprechende Vermögenspositionen vorhanden sind, fällt deren Höhe im Median in Ostdeutschland deutlich geringer aus als in Westdeutschland (vgl. Abbildung 20).

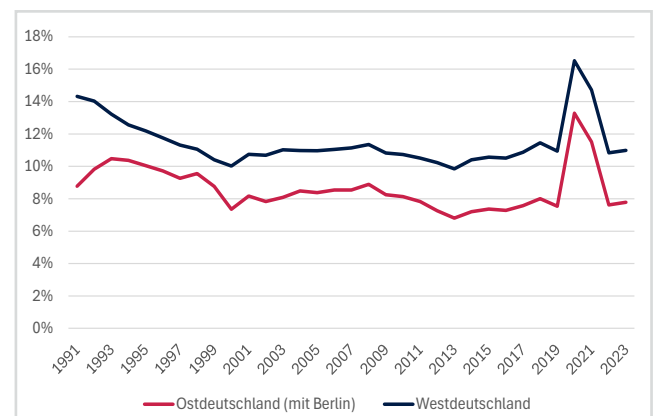
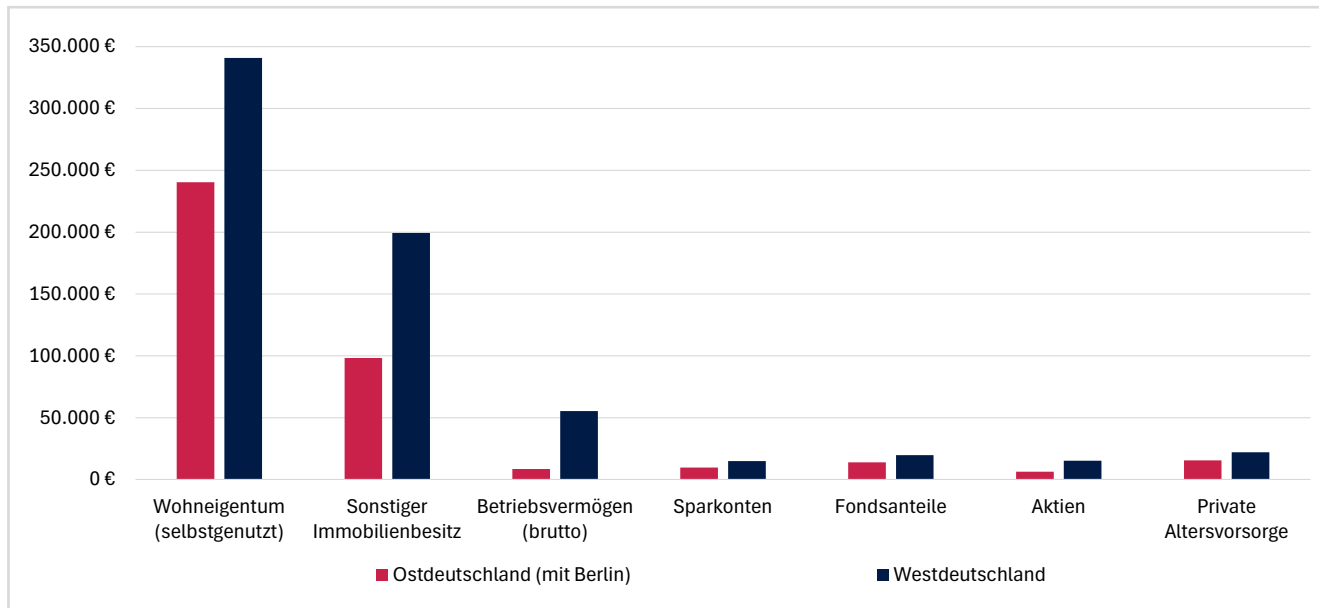


Abb. 19 Sparquote der privaten Haushalte in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank/PHF 2023; Berechnungen des OstBV

Abb. 20 Median des jeweiligen Vermögensbestandes (bedingt) in Euro, 2023

Das Immobilienvermögen stellt in Deutschland – insbesondere in höheren Einkommensgruppen – eine zentrale Säule des Privatvermögens dar. Die kräftigen Preissteigerungen in diesem Segment im vergangenen Jahrzehnt haben maßgeblich zur Vermögensbildung beigetragen. **Vor diesem Hintergrund wirkt sich die geringere Wohneigentumsquote in Ostdeutschland (Wohneigentumsquote der Haushalte 2022: 34,9 Prozent vs. 46,4 Prozent) unmittelbar auf das durchschnittlich ausgewiesene Gesamtvermögen aus:** Wer seltener über Wohneigentum verfügt, partizipiert entsprechend weniger an Wertzuwächsen am Immobilienmarkt – mit unmittelbaren Folgen für den Vermögensaufbau. **Zugleich liegt auch der durchschnittliche Immobilienwert in vielen ostdeutschen Regionen unter westdeutschem Niveau, was die Vermögensbilanz zusätzlich (negativ) beeinflusst.** Allerdings relativieren sich die Unterschiede teilweise: Der Abstand ist wesentlich durch einen Berlin-Effekt geprägt, in mehreren ostdeutschen Flächenländern sind die Eigentumsquoten inzwischen mit dem West-Wert vergleichbar. Zudem war im vergangenen Jahrzehnt eine spürbare Aufholdynamik des Wohneigentums zu beobachten. Damit dürfte das Gefälle weniger entlang der Ost-West-Linie verlaufen, sondern stärker zwischen urbanen und ländlichen Räumen.

**Neben Immobilien spielt auch unternehmerisches Vermögen eine entscheidende Rolle im Vermögensaufbau.** Beteiligungen an Unternehmen – sei es in Form der Selbstständigkeit, von Gesellschaftsanteilen oder Kapitalbeteiligungen – tragen insbesondere in den oberen Vermögensgruppen ebenfalls erheblich zum Gesamtvermögen bei und eröffnen oftmals überdurchschnittliche Ertrags- und Wertsteigerungspotenziale. In Ostdeutschland ist diese Vermögenskomponente deutlich geringer ausgeprägt. Zwar ist die

quantitative Verbreitung von Betriebsvermögen laut PHF-Erhebung der Bundesbank in Ost und West ähnlich, die Höhe unterscheidet sich jedoch deutlich: Im Median betrug dieses im Osten der Republik 8.400 Euro, während es in Westdeutschland bei 55.300 Euro lag. Auch bei Betrachtung des Durchschnitts bleibt eine deutliche Differenz mit 96.900 Euro in Ost zu 416.800 Euro in Westdeutschland bestehen. Die Gründe liegen auf der Hand: Die Unternehmenslandschaft hierzulande ist vielfach kleinteiliger strukturiert, große eigentümergeführte Betriebe sind seltener und historisch bedingt konnten sich über Generationen gewachsene Unternehmensvermögen kaum herausbilden. Auch dies trägt dazu bei, dass sich Unterschiede im ausgewiesenen Gesamtvermögen zwischen Ost und West nicht nivellieren bzw. wenig verändern.

**Zudem liegt der Anteil der Haushalte mit Aktien-Besitz in Ostdeutschland deutlich unter dem westdeutschen Niveau (10 Prozent zu 20 Prozent), auch wenn dieser in Deutschland im internationalen Vergleich insgesamt eher gering ist.** Studien führen dies unter anderem auf eine ausgeprägtere Skepsis gegenüber kapitalmarktbasierter Anlageformen, ein stärker risikoaverses Anlageverhalten sowie Unterschiede im Finanzwissen zurück.

**Zusammenfassend zeigen sich die Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowohl in der Höhe als auch in der Struktur der Vermögen.** Insbesondere sachwert- und kapitalmarktbasierter Vermögenskomponenten sind in Ostdeutschland bislang schwächer ausgeprägt; Haushalte investieren seltener in Aktien oder Fonds und greifen häufiger auf renditeärmere Anlageformen zurück.

## 4.3 Private Vermögensbildung stärken

Angesichts der beschriebenen Vermögensunterschiede stellt sich die Frage, wie die private Vermögensbildung – insbesondere in Ostdeutschland – gezielt gestärkt werden kann. **Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Ausweitung der Kapitalmarktpartizipation – insbesondere im Bereich der Altersversorgung – sowie die Stärkung der ökonomischen Bildung in der Breite.**

### STÄRKUNG DER KAPITALMARKTPARTIZIPATION

Kapitalmarktbasierende Anlagen ermöglichen es Haushalten, langfristig von Produktivkapital und wirtschaftlichem Wachstum global zu profitieren. Über längere Zeiträume hinweg erzielen breit gestreute Wertpapieranlagen in der Regel höhere Renditen als klassische Sparprodukte. Damit sind sie ein wichtiger Hebel für Vermögensaufbau und Altersvorsorge zugleich: **Wer frühzeitig und kontinuierlich in kapitalmarktbasierende Anlagen investiert, kann langfristig mehr Vermögen aufbauen und zusätzliche finanzielle Sicherheit für das Alter schaffen.**

Erfahrungen aus europäischen Nachbarländern zeigen, dass eine breitere Kapitalmarktteilnahme gezielt politisch unterstützt werden kann. Diese Modelle können wichtige Denkanstöße liefern – auch wenn eine direkte Übertragbarkeit aufgrund unterschiedlicher sozialstaatlicher Strukturen nicht ohne weiteres möglich ist.

### SCHWEDENS »PRÄMIENRENTE«

**Schweden kann als Beispiel dafür dienen, wie sich die Kapitalmarktpartizipation sowohl für die Altersvorsorge als auch in der Bevölkerung insgesamt fördern lässt.**

Das Land hat kapitalgedeckte Elemente systematisch in sein gesetzliches Altersvorsorgesystem integriert: Vom gesamten Rentenbeitrag in Höhe von 18,5 Prozent des rentenfähigen Arbeitseinkommens fließen 16 Prozentpunkte in die umlagefinanzierte Einkommensrente, die zugleich die Höhe der späteren gesetzlichen Rente bestimmt. Weitere 2,5 Prozentpunkte werden verpflichtend am Kapitalmarkt angelegt (sogenannte Prämienrente). Auf diese Weise ist ein großer Teil der Bevölkerung am Kapitalmarkt beteiligt. Versicherte können dabei aus einer Vielzahl zugelassener Fonds wählen; treffen sie keine aktive Auswahl, wird ihr Beitrag automatisch in einen staatlich verwalteten Standardfonds investiert. Die Höhe der individuellen Prämienrente hängt damit von der Rendite des ausgewählten Fonds ab. Insgesamt liegen 222 Mrd. Euro in den Prämienrenten-Fonds, davon sind 94 Prozent in Aktien- und Mischfonds investiert.

**Durch das System wurde die Bevölkerung für die Chancen und Risiken des Kapitalmarkts sensibilisiert.** Auch aufgrund dessen ist der schwedische Kapitalmarkt gut ausgebildet – mit dem Zusatzeffekt, dass auch mehr Geld in die heimische Wirtschaft fließt (bzw. kann) und damit Innovation, **Wachstum sowie Beschäftigung unterstützt werden.** Der Erfolg des Modells beruht jedoch nicht allein auf der institutionellen Ausgestaltung, sondern auch auf langfristig stabilen politischen Rahmenbedingungen und einem gewachsenen Vertrauen in staatliche und private Vorsorgeinstitutionen.

### VERBREITUNG DER BETRIEBLICHEN ALTERSVERSORGUNG (bAV) FÖRDERN

Während die Prämienrente in Schweden als verpflichtende kapitalgedeckte Komponente direkt in das staatliche Rentensystem integriert ist, kann auch die bAV ein Hebel sein, um die Kapitalmarktpartizipation breiter Bevölkerungsschichten zu stärken. Sie ermöglicht es Beschäftigten, zusätzlich zur gesetzlichen Rente Vermögen aufzubauen.

**In Deutschland ist die bAV vergleichsweise gering verbreitet:** Nur rund 51 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bundesweit verfügen über eine entsprechende Anwartschaft. Positiv ist, dass der Anteil der Beschäftigten mit bAV in Ostdeutschland von 19 Prozent im Jahr 2001 auf rund 43 Prozent im Jahr 2023 gestiegen ist, wenngleich die Dynamik zuletzt nachgelassen hat. Aus Sicht vieler Arbeitgeber wird eine bAV häufig deshalb nicht in Anspruch genommen, weil ein geringes Interesse der Beschäftigten vermutet wird, zudem werden Kosten, administrative Komplexität sowie organisatorischer Aufwand als wichtige Hürden genannt.

**Daher hat die Bundesregierung mit dem Zweiten Betriebsrentenstärkungsgesetz Hürden abgebaut und weitere Anreize zur Teilnahme geschaffen. Dazu gehört insbesondere der leichtere Zugang zum Sozialpartnermodell.** Bei diesem Modell – tariflich verankert und gesteuert von den Sozialpartnern – handelt es sich um eine reine Beitragszusage: Der Arbeitgeber überweist die vereinbarten Beiträge und ist damit von weiterer Haftung für das Ergebnis sowie von Anpassungspflichten befreit. Das ist insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen attraktiv, da diese keine langfristigen Verpflichtungen außerhalb ihres Kerngeschäfts übernehmen müssen. Zugleich ermöglicht dies eine flexiblere und renditeorientiertere Anlage der Beiträge als in klassischen bAV-Modellen – und damit später höhere Rentenzahlungen für die Versicherten. Auch nicht tarifgebundene Arbeitgeber können nun einfacher

## Ab 6 Jahre (Geburtsjahrgang ab 2020)

### ELTERN ERÖFFNEN ALTERSVORSORGEDEPOT

Individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes *Altersvorsorgedepot bei einem Anbieter ihrer Wahl*

### STAAT

Die Bundesregierung zahlt bis zum 18. Lebensjahr eine garantierte staatliche Prämie von *zehn Euro pro Monat in das Depot ein*

### VERMÖGENSAUFBAU ÜBER ZEIT

Freiwillige Zuzahlungen sind möglich. Ab dem 18. Lebensjahr kann das Altersvorsorgedepot bis zum Renteneintritt durch eigene Einzahlungen weiter bespart werden.

### STAATLICHE AUFFANGLÖSUNG

Eröffnen die Eltern kein Vorsorgedepot, greift eine Auffanglösung. Die Kapitalanlage des nicht abgerufenen Förderbetrags erfolgt kollektiv nach Kohorten.

### ZIEL DER FRÜHSTARTRENTE

- ▷ frühe Kapitalmarkterfahrung
- ▷ Langfristiger Vermögensaufbau
- ▷ Nutzung des Zinseszins effekts
- ▷ stärkere kapitalgedeckte Altersvorsorge

Abb. 21 Das Konzept der Frühstartrente

an bestehende Sozialpartnermodelle andocken, sofern die Unternehmen in den Zuständigkeitsbereich einer beteiligten Gewerkschaft fallen. Hierzu reicht eine Betriebsvereinbarung aus. Für Unternehmen und Beschäftigte sind die neuen Möglichkeiten geeignet, um die bAV nachhaltig zu verbessern.

**Auch ein Blick ins europäische Ausland zeigt, dass niedrigere Zugangshürden und kollektive Lösungen bei der bAV zu einer breiteren Kapitalmarktpartizipation und damit zu stabileren Alterseinkommen beitragen können:**

In den Niederlanden etwa ergänzt ein nahezu flächendeckendes betriebliches Pensionssystem die staatliche Grundsicherung; Beiträge von meist 15 bis 25 Prozent des Einkommens werden kollektiv am Kapitalmarkt angelegt und ermöglichen hohe Nettoersatzraten von rund 80 Prozent. In Großbritannien verfolgt das seit 2012 eingeführte Auto-Enrollment-Modell einen anderen Ansatz: Beschäftigte werden automatisch in eine bAV eingeschrieben, können jedoch aktiv austreten (»Opt-out«), wodurch die Teilnahmequote von unter 50 Prozent auf über 75 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig sind diese Systeme nicht 1:1 übertragbar: So werden im niederländischen Modell seit 2023 die Garantien deutlich reduziert und Leistungen stärker an Anlageergebnisse gekoppelt. Zudem würde eine direkte Übertragung aufgrund der hierzulande bereits hohen Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zusätzliche Kosten und steigende Lohnnebenkosten verursachen. **Ableiten lassen sich aber aus den internationalen Erfahrungen – etwa durch einfachere Strukturen oder Opt-out-Mechanismen – weitere mögliche Impulse für die Weiterentwicklung der bAV in Deutschland.**

### DEUTSCHLANDS ALTERSVORSORGEREFORMGESETZ

Mit dem jüngst beschlossenen Altersvorsorgereformgesetz sowie einer Frühstartrente wird in Deutschland die private Altersvorsorge stärker incentiviert.

**Das Altersvorsorgereformgesetz reformiert die geförderte private Altersvorsorge und greift einzelne Elemente internationaler Vorsorgemodelle auf (Altersvorsorgedepot ohne Garantien und Schaffung eines Standarddepots mit voreingestellter Fondsstruktur).** Die vorgesehenen Maßnahmen setzen wichtige Impulse, um die kapitalmarktorientierte Vorsorge zu stärken und breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen. Dennoch bleibt Deutschland im internationalen Vergleich zurückhaltend. So setzt man weiterhin auf freiwillige Teilnahme (kein »Auto-Enrollment«). Kritisch wird zudem durch eine Vielzahl von Experten die konkrete Ausgestaltung bewertet, etwa was die Vergleichbarkeit oder Komplexität betrifft.

**Die geplante Frühstartrente zielt ebenfalls darauf, die Erfahrungen mit kapitalmarktbasierter Vorsorgeformen frühzeitig zu stärken (vgl. Abbildung 21).** Eltern können für Kinder, die das 6. Lebensjahr vollenden (beginnend mit dem Geburtsjahrgang 2020), ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot bei einem Anbieter ihrer Wahl eröffnen – so der Regierungsvorschlag. Die Bundesregierung zahlt für diese Kinder bis zur Volljährigkeit eine staatliche Prämie von zehn Euro pro Monat in das Depot ein. Wenn kein privater Anbieter gewählt wird, soll das zur Verfügung gestellte Kapital automatisch in einem standardisierten Vorsorgeprodukt verwaltet werden (damit

alle Kinder unabhängig vom Finanzwissen ihrer Eltern Zugang zu kapitalmarktbasierter Vorsorge erhalten).

**Entscheidend gerade für Ostdeutschland ist, dass der Kreis der Begünstigten möglichst breit gefasst (Geltung ab Geburt) und freiwillige Zuzahlungen ermöglicht werden, um die Vermögensbildung zu verstärken und auch einen längerfristigen Zinseszinsseffekt zu nutzen.**

## 4.4 Finanzbildung stärken

Befragungen\* zeigen, dass bei **den privaten Haushalten noch immer erhebliche Wissenslücken bei grundlegenden ökonomischen Zusammenhängen** bestehen. Gerade vielen jungen Menschen fehlen Kenntnisse etwa zu Inflation, Zinseszinsseffekten, Diversifikation oder Funktionsweise des Kapitalmarkts. Gleichzeitig geben 80 Prozent der 14–24-Jährigen an, in der Schule kaum etwas über Finanzen gelernt zu haben; 89 Prozent wünschen sich mehr Finanzbildung und selbst 92 Prozent der Lehrkräfte befürworten eine stärkere Verankerung der Inhalte in der schulischen Bildung.

Diese Defizite sind nicht nur ein bildungspolitisches Problem, sondern haben langfristige Auswirkungen auf Sparverhalten, Vorsorgeentscheidungen und Vermögensaufbau. Gerade in Ostdeutschland, wo Vermögensbestände niedriger sind, ist finanzielle Bildung für alle Alterskohorten entscheidend. Wenn Altersvorsorge künftig stärker kapitalgedeckt werden soll, entscheidet Kompetenz über Teilhabe mit. Beispielsweise können staatliche Förderinstrumente zur kapitalmarktbasierter Altersvorsorge ihre Wirkung nur voll entfalten, wenn Haushalte in der Lage sind, informierte und eigenverantwortliche Anlageentscheidungen zu treffen. Finanzielle Bildung ist deshalb keine verzichtbare Zusatzqua-

lifikation, sondern Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und dafür, regionale Unterschiede – etwa zwischen Ost- und Westdeutschland – nicht weiter zu verfestigen.

**Vor diesem Hintergrund ist eine nationale Finanzbildungsstrategie notwendig.** Angesichts der Vielzahl staatlicher, zivilgesellschaftlicher und privater Akteure bedarf es einer zentralen Koordinierungsstelle, um Aktivitäten zu bündeln. Als Vorbild könnte Österreich dienen: Dort ist im Rahmen der nationalen Finanzbildungsstrategie ein Finanzbildungsrat eingerichtet worden, dessen Aufgabe es ist, Bilanz über die bisherige Finanzbildungsstrategie zu ziehen, gezielt nachzuschärfen und neue Schwerpunkte zu setzen.

**Langfristig sollte Finanzbildung zudem flächendeckend für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen verbindlich als eigenes Unterrichtsfach »Wirtschaft/Ökonomische Bildung« verankert werden, um jungen Menschen frühzeitig grundlegende Kompetenzen zu vermitteln.** Gerade ökonomische Bildung darf nicht davon abhängen, welche Schulform besucht wird, in welchem Bundesland der Unterricht stattfindet oder über welche fachlichen Kompetenzen einzelne Lehrkräfte verfügen.

\* Bundesverband deutscher Banken, <https://bankenverband.de/finanzbildung/lehrkraeftebefragung-zur-finanz-und-wirtschaftsbildung-schulen>

## 4.5 Fazit

Wenn Vermögensbildung durch den frühzeitigen Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge (Frühstart-Rente), die stärkere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) und eine verbindliche schulischen Finanzbildung in allen Bundesländern früh beginnt und institutionell erleichtert wird, kann

Ostdeutschland innerhalb einer Generation substanzielle Fortschritte erzielen – nicht durch Sonderbehandlung, sondern durch strukturelle Anreizsetzung in der Vermögensanlage und Vorsorge insgesamt.

## Zusammenfassung: Vermögensaufbau in Ostdeutschland

1. PRIVATE VERMÖGENSBILDUNG IST ZENTRAL FÜR WIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK, INDIVIDUELLE AUFSTIEGSCHANCEN UND REGIONALE STABILITÄT
2. OSTDEUTSCHLAND WEIST WEITERHIN EINEN DEUTLICHEN VERMÖGENSRÜCKSTAND GEGENÜBER WESTDEUTSCHLAND AUF (MEDIAN: CA. 35.900 EURO vs. 143.200 EURO)
3. HAUPTURSACHEN SIND NIEDRIGERE EINKOMMEN, GERINGERE SPARQUOTEN SOWIE GERINGERE ERBSCHAFTEN UND SCHENKUNGEN
4. VERMÖGENSSTRUKTUR IM OSTEN IST SCHWÄCHER AUSGEPRÄGT BEI RENDITESTARKEN ANLAGEN WIE IMMOBILIEN, BETRIEBSVERMÖGEN UND AKTIEN
5. NIEDRIGERE WOHN-EIGENTUMSQUOTE UND GERINGERE IMMOBILIENWERTE BREMSEN ZUSÄTZLICH DEN VERMÖGENSAUFBAU
6. UNTERNEHMENSVERMÖGEN IST IM OSTEN DEUTLICH GERINGER, u. a. AUFGRUND KLEINTEILIGER WIRTSCHAFTSSTRUKTUR UND FEHLENDER HISTORISCHER VERMÖGENSAKKUMULATION
7. KAPITALMARKTTEILNAHME IST SCHWÄCHER AUSGEPRÄGT (z. B. GERINGERE AKTIENBESITZQUOTE), AUCH WEGEN RISIKOAVERSION UND GERINGERER FINANZBILDUNG
8. POLITISCHE HEBEL LIEGEN VOR ALLEM IN KAPITALGEDECKTER VORSORGE: FRÜHSTART-RENTE, STÄRKERE BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG (bAV) UND REFORMEN DER PRIVATEN ALTERSVORSORGE
9. INTERNATIONALE BEISPIELE (z. B. SCHWEDEN, NIEDERLANDE, GROSSBRITANNIEN) ZEIGEN, DASS VERPFLICHTENDE ODER AUTOMATISIERTE SYSTEME DIE BETEILIGUNG ERHÖHEN KÖNNEN. DAS DEUTSCHE SOZIALPARTNERMODELL SOLLTE AUSGEBAUT WERDEN
10. FINANZBILDUNG IST ENTSCHEIDEND: VERBINDLICHER UNTERRICHT UND NATIONALE STRATEGIE SIND NOTWENDIG, UM LANGFRISTIG VERMÖGENSAUFBAU UND CHANCENGLEICHHEIT ZU STÄRKEN

# 5. SAAROWER KREIS

## VERTRETER UND FÖRDERER

ACOD  
AUTOMOTIVE CLUSTER  
OSTDEUTSCHLAND e.V.



### ACOD

Der ACOD verfolgt das Ziel, den Technologietransfer in der Automobilwirtschaft in Ostdeutschland zu unterstützen und damit Innovationen aus der Region für die Entwicklung der Region zu nutzen. Insbesondere KMU, die für die Zulieferindustrie strukturbestimmend sind, sollen durch den Austausch von best-practice Erfahrungen einen spürbaren Nutzen erfahren. Neben Automobilherstellern wie BMW, Porsche, VW und Mercedes-Benz sind viele Zulieferer, Forschungseinrichtungen, Startups, und Dienstleister vertreten. Dies gewährleistet einen Wissenstransfer über alle Ebenen hinweg.



Ostdeutscher  
Bankenverband

### OSTDEUTSCHER BANKENVERBAND

Der Ostdeutsche Bankenverband vertritt 38 private Banken, Finanzunternehmen und FinTechs mit rund 12.000 Beschäftigten in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Als Netzwerkorganisation ist er Sprachrohr der Branche, Impulsgeber für Wirtschaftspolitik und Plattform für Dialog.



SPOT  
ON  
SOLAR POWER  
TRANSFORMATION CLUSTER

### SOLAR POWER TRANSFORMATION CLUSTER

Der 2024 gegründete Solar Power Transformation Cluster (SPOT ON e.V.) vernetzt Unternehmen, Forschung und Dienstleister der Solarbranche in Ostdeutschland. Der Verein unterstützt Technologietransfer, Projektentwicklung und Fachkräftesicherung und wirkt als Schnittstelle zwischen industrieller Praxis und Politik.

UV SACHSEN  
UNTERNEHMERVERBAND SACHSEN E.V.



### UNTERNEHMERVERBAND SACHSEN

Der Unternehmerverband Sachsen ist Interessenvertreter von mehr als 300 kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen. Er schafft Vernetzung sowie praxisnahe Unterstützung. So werden wirtschaftliche Stimmen gebündelt und Impulse für einen starken Mittelstand gesetzt.



### VDMA-LANDESVERBAND OST

Der VDMA-Landesverband Ost unterstützt seine etwa 350 Mitgliedsunternehmen in Ostdeutschland entlang der Wertschöpfungskette und vertritt ihre Interessen auf regionaler Ebene gegenüber Politik und Wissenschaft. Durch das starke Netzwerk können richtungsweisende Themen gezielt vorangebracht werden.



### VCI NORDOST

Der VCI Nordost vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Als starke Stimme der Branche im Dialog mit Politik, Behörden und Öffentlichkeit setzt sich der Verband für bessere Rahmenbedingungen ein.



### FRANKREICH-INITIATIVE OSTDEUTSCHLAND/ DEUTSCH-FRANZÖSISCHER WIRTSCHAFTSKREIS

Die Frankreich-Initiative Ostdeutschland: Sie stärkt gezielt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ostdeutschland und Frankreich und setzt neue Impulse für Kooperationen. Eng vernetzt mit dem Deutsch-Französischen Wirtschaftskreis fördert sie Austausch, Investitionen und gemeinsame Projekte.



### NACHFOLGE-INITIATIVE OSTDEUTSCHLAND

Die Nachfolge-Initiative Ostdeutschland (NFOst) ist ein überregionales Netzwerk zur Stärkung von Unternehmensnachfolgen im ostdeutschen Mittelstand. Sie bündelt Wissen, vernetzt Akteure und wirbt für Übernahmen, um Wachstum, Investitionen und Zukunftsfähigkeit von Unternehmen nachhaltig zu sichern.

## Förderer des Saarower Kreises



MITTELDEUTSCHE  
STIFTUNG  
WISSENSCHAFT · BILDUNG

### MITTELDEUTSCHEN STIFTUNG WISSENSCHAFT UND BILDUNG

Die Mitteldeutsche Stiftung Wissenschaft und Bildung fördert den Austausch von Forschungs- und Bildungseinrichtungen mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorrangig in Mitteldeutschland. Seit 2024 bündelt der Leipziger Energiekonzern VNG in der Stiftung seine gemeinnützigen Initiativen zur Förderung von Wissenschaft, Bildung und Mentoring in der Region.



### VNG AG

VNG mit Hauptsitz in Leipzig ist ein starker Unternehmensverbund für Gas und Gasinfrastruktur mit über 20 Gesellschaften in Deutschland und Europa. Gemeinsam arbeitet er an einem nachhaltigen, versorgungssicheren und zunehmend klimaneutralen Energiesystem der Zukunft.



### RSM EBNER STOLZ

RSM Ebner Stolz zählt zu den führenden unabhängigen Prüfungs- und Beratungsgesellschaften in Deutschland. Mit über 2.700 Mitarbeitenden an 15 Standorten bietet das Unternehmen umfassende Expertise in Wirtschaftsprüfung, Steuer-, Rechts- und Unternehmensberatung für nationale und internationale Mandanten.